

Victoria Eglau

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Chile

vom 06. Oktober 1999 bis 06. Januar 2000

Ein Land, durch das sich Risse ziehen – Chile ein Jahrzehnt nach dem Ende der Pinochet-Diktatur

Victoria Eglau

Chile vom 6. Oktober 1999 – 6. Januar 2000,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Zur Person

„Welcome to the country that doesn't want to remember the past“

„Pinochet, unser wichtigster Export-Artikel“

Oktober 1999: „Coooooperativa!“ – vier Wochen Hospitanz bei einer Radio-Legende –
Einblicke in die chilenische Medienwelt von heute

„Mit der Waffe der Wahrheit“

Manola Robles – die „Stimme der Wahrheit“

„Eine billige journalistische Arbeitskraft, jeden Tag stärker ausgenutzt“
Plausch mit dem Noch-Präsidenten

Präsidentchaftswahl 1999 – für die Concertación ist die Zeit der leichten Siege vorbei

Keiner spricht von Pinochet

Ein Spiegelbild der chilenischen Gesellschaft? – Besuch auf dem „Cementerio General“

Als die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden – die Opfer, zehn Jahre nach dem Ende der Diktatur

Pedro Matta: Gegen das Vergessen

Mario Sottolichio: Mitleid für die Täter

Leo Luna: Physisch zerstört, nicht psychisch

Dr. Elena Gómez: Die „Verkapselung“ des Traumas

Viviana Díaz: Für Wahrheit und Gerechtigkeit

Nelson Cauco: Wenn sich Türen plötzlich öffnen

Nachtrag

Wenn man die Heimat kaum noch wiedererkennt – die Rückkehr
aus dem Exil

Ein Ort mit einer doppelten Geschichte: Chacabuco

„Die Ausbeutung von Menschen durch Menschen“:
Salpeterstadt María Elena

Wie auf einem anderen Planeten – Armut und soziale
Unterschiede in Chile

„Eine titanische Aufgabe“ – Indios suchen Wege
aus dem wirtschaftlichen Abseits

„Die historische Schuld des chilenischen Staates“ – Aufstand
der Mapuche

Dank an...

Zur Person

Victoria Eglau, geboren am 6. März 1970 in Hamburg. Studierte Politologie, Neuere Geschichte und Spanisch in Bonn. Immer wieder Fernweh, gestillt durch Auslandsaufenthalte in den USA, Frankreich und Spanien. Journalistische Erfahrung gesammelt durch Praktika, freie Mitarbeit und Vertretungen in den Semesterferien, u.a. bei Agence France Presse, Berliner Morgenpost, RIAS, Deutsche Welle und der Emigrantenzeitung „AUFBAU“ in New York. Nach dem Volontariat beim DeutschlandRadio als freie Rundfunkjournalistin tätig, vor allem für DLF, DeutschlandRadio Berlin und Deutsche Welle. Vertretungen bei WDR und EuroNews. Zur Zeit Redakteurin beim Deutschlandfunk.

„Welcome to the country that doesn't want to remember the past“

„Willkommen in dem Land, das sich nicht an seine Vergangenheit erinnern will.“ Juan Diego Spoerers Stimme klingt bitter, als er mich kurz vor der Landung auf dem Flughafen von Santiago de Chile in seiner früheren Heimat willkommen heißt. Während des sechzehnständigen Fluges von Zürich habe ich meinen Sitznachbarn ein wenig kennengelernt. Der etwa Vierzigjährige mit dem graugesträhnten Bart hatte Chile kurz nach dem Militärputsch 1973 verlassen und lebt seitdem in Schweden, einem der Staaten, die die meisten chilenische Exilanten aufnehmen. Inzwischen verbringt der Rundfunk-Journalist wieder mehrere Monate pro Jahr in Chile, recherchiert dort für Reportagen und Berichte. Doch ständig leben zu wollen, in dem entlegenen Andenstaat, scheint Juan Diego nicht. „Ich bin sehr enttäuscht von Chile“, sagt er. Das Gespräch mit ihm hat mich eingestimmt auf meinen dreimonatigen Aufenthalt „am Ende der Welt“, hat Fragen aufgeworfen. Welche Rolle spielt im heutigen Chile die siebzehnjährige Pinochet-Diktatur, die der neue Staatspräsident Ricardo Lagos wenige Monate später als „die größte politische Tragödie des 20. Jahrhunderts“ bezeichnen wird? Will sich das Land wirklich nicht an seine Vergangenheit erinnern? Welche Spuren hat dieses dunkle Kapitel der chilenischen Geschichte in der Gesellschaft hinterlassen? Und was denken die, die aus dem Exil zurückgekehrt sind (oder nur „halb“ zurückgekehrt sind, wie Juan Diego Spoerer) über Chile? Was für ein Land haben sie vorgefunden, wie sind sie dort empfangen worden?

„Pinochet, unser wichtigster Export-Artikel“

Zwei Tage später, Samstag abend an der Plaza Nunoa in Santiago. Mit Maricel Contreras und Carolina Espinoza, zwei jungen Journalistinnen, sitze ich in einer Kneipe, die sich auch in Köln oder Paris befinden könnte. Maricel stellt mir die Frage, die ich in den kommenden Monaten immer wieder hören werde: „Was wis-

sen die Deutschen über Chile“? Ich druckse ein wenig herum, erkläre den beiden schließlich, dass in Deutschland die Berichterstattung über Chile meist in Zusammenhang mit Pinochet steht, dass also viele meiner Landsleute den lateinamerikanischen Staat wahrscheinlich immer noch mit der Militärdiktatur assoziieren. Als habe sie meine Antwort erwartet, sagt Maricel mit einer Mischung aus Ironie und Resignation „Tja, Pinochet ist eben unser wichtigster Export-Artikel“. Ich fühle mich ertappt. Auch ich bin ja hier, um mich über die Nachwirkungen der Diktatur zu informieren. Auch ich denke ja bei Chile erst einmal an Pinochet. Ich nehme mir vor, während meines Aufenthaltes zu versuchen, die „deutsche Brille“, die „europäische Brille“ abzunehmen, und meinem Gastland möglichst offen und unvoreingenommen zu begegnen. Und meinen Blick zu erweitern auf die gesamte Vielfalt der Themen, die die Chilenen heutzutage beschäftigen.

Oktober 1999: „Coooooperativa!“ – vier Wochen Hospitanz bei einer Radio-Legende – Einblicke in die chilenische Medienwelt von heute

Die Vielfalt der politischen Themen kennenlernen – wo wäre das besser möglich als beim meistgehörten Informationssender Chiles. Radio Cooperativa – das kennt in Chile jeder. Cooperativa hören die Taxifahrer in Santiago, und für den einsamen Wärter der Ruinenstadt Chacabuco in der nordchilenischen Wüste, der kein Telefon besitzt, bedeutet Radio Cooperativa die Verbindung zur Außenwelt. Wen man in Chile auf den beliebten Radiosender anspricht, der spitzt sofort die Lippen, um den einprägsamen Jingle „Coooooperativa“ nachzuahmen. Mit einer sonoren, Glaubwürdigkeit und Seriosität versprechenden Stimme, ist dieses Erkennungslogo gesprochen. Doch den Ruf der Glaubwürdigkeit kann dem Sender sowieso keiner mehr nehmen. Er wurzelt in der Zeit der Diktatur, in der der Sender zu einem Synonym für mutige, offene und ausgewogene Berichterstattung wurde. Als in den achtziger Jahren die Proteste gegen das Pinochet-Regime immer lauter wurden, als jeden Abend Demonstrationen auf den Straßen stattfanden und der Staat seinen Unterdrückungsapparat in Gang setzte, da wurde das Hören der Cooperativa-Informationssendungen für die Chilenen zu einem täglichen, jedes Mal voller ängstlicher Spannung erwarteten Ritual.

„Mit der Waffe der Wahrheit“

„Unsere Waffen waren die Wahrheit und die Genauigkeit“, erinnert sich Arnoldo Carreras García, der 1983 als junger Reporter bei Radio Cooperativa anfang. „Nach dem Putsch, während der siebziger Jahre, gab es nur eine Wahrheit in Chile: Die offizielle. Wir aber wollten ein breitgefächertes Bild von dem vermitteln, was in Chile geschah“. Als einziger Sender in Chile begann Radio Cooperativa in den Nachrichten über das Zitieren offizieller Quellen hinauszugehen.

gehen. Die Journalisten thematisierten Tabus wie das Verschwinden von Menschen, ließen dabei Familienangehörige und Freunde der Opfer zu Wort kommen, doch lieferten sie stets auch die amtliche Version der Vorkommnisse. Damit habe sich der Sender unangreifbar gemacht, meint Arnoldo, auch von den Vertretern des Militärregimes sei er mit der Zeit respektiert worden. Das rettete Radio Cooperativa wohl vor dem definitiven Sendeverbot, von dem viele andere Medien betroffen waren. Doch Drohungen und vorübergehende Schließungen gehörten für die Redakteure zum Alltag. Gehälter wurden mit großer Verspätung, in Raten und manchmal sogar in Naturalien ausgezahlt. Gab es doch keine Werbeeinahmen, weil die diktatur-freundliche Wirtschaft den Sender boykottierte. „Manchmal haben wir auf der Straße gestanden und gebettelt“, blickt Arnoldo Carreras García auf die schwierige Zeit zurück. Wie die Journalisten das ausgehalten hätten, frage ich ihn. „Wir fühlten, dass wir eine lebenswichtige Mission gegenüber dem Land erfüllten“, antwortet der hochgewachsene, weißhaarige Mann, der heute die Internet-Seiten des Radios betreut, mit großer Selbstverständlichkeit.

Nicht nur hart, sondern auch „romantisch und schön“ sei die Arbeit während der Diktatur gewesen, betont Arnoldo und erzählt eine der vielen unglaublichen Geschichten, die Radio Cooperativa berühmt gemacht haben. Der Moderator der morgendlichen Informationssendung, Sergio Campos, wollte einmal auf eine für den Abend um acht Uhr geplante Protest-Aktion gegen das Pinochet-Regime hinweisen, die darin bestehen sollte, dass Chile in Dunkelheit versank. Alle Bürger sollten in ihren Wohnungen das Licht löschen. Weil eine direkte Ankündigung unmöglich war, benutzte Campos einen Trick: „Es ist acht Uhr abends, es ist acht Uhr abends“, sagte er in der, wie gesagt, am Morgen ausgestrahlten Sendung an – und ließ dann einen Chanson von Charles Aznavour einspielen, der mit den Worten begann: „Mach das Licht aus...“. Die Botschaft wurde verstanden.

Manola Robles – die „Stimme der Wahrheit“

Vormittags gegen elf in der Calle Antonio Bellet 223 im schicken Santiagoer Stadtviertel Providencia. Die grau-verwitterte Villa, in der Radio Cooperativa untergebracht ist, wird von einer hohen Mauer umgeben. Durch das enge Großraumbüro im ersten Stock bewegt sich rastlos eine kleine, zierliche Frau um die fünfzig. Nach vorne gebeugt läuft sie rauchend ihren Parcours ab: Von ihrem Arbeitsplatz ins kleine Tonstudio, von dort zum Computer mit den Agenturmeldungen, schließlich zu einem der beiden ständig klingelnden Telefone, und wieder an den Schreibtisch. Manola Robles bereitet „El Diario de Cooperativa“ vor, das mittägliche Informationsprogramm des Senders. Wie jeden Tag ist sie auch heute um fünf Uhr morgens ins Büro gekommen.

Mit Manola Robles arbeiten viele Kollegen nicht gerne zusammen. Sie sei anspruchsvoll und fordernd, heißt es. Außerdem verbreite sie nervöse Hektik, ihr

Arbeitsstil sei chaotisch. Während der Sendung am Mittag wirkt Manola konzentriert und abwesend zugleich. Mit ihren großen, ausdrucksvollen, ein wenig traurigen Augen blickt sie zuweilen nachdenklich auf einen unbestimmten Punkt an der Studiodecke. Dann wieder rauft sie sich den kurzen, rötlichen Haarschopf und nimmt einen tiefen Zug an ihrer Zigarette. Manolas Interviewpartner müssen sich auf bohrende, schonungslose Fragen gefasst machen. Die Journalistin nimmt kein Blatt vor den Mund. Das hat sie noch nie getan, auch nicht während der Diktatur, und dafür ist sie in Chile berühmt geworden. Von vielen Chilenen wird der Name „Manola Robles“ mit Ehrfurcht ausgesprochen. Er steht für Mut, für die bedingungslose Verpflichtung zur Wahrheit in einer Zeit, in der es lebensgefährlich war, die Wahrheit auszusprechen.

„Ich habe niemals daran gedacht, ins Exil zu gehen“, sagt die Moderatorin von Radio Cooperativa heute. „Ich habe Angst gehabt, mehr als einmal, doch die Angst hat mich nicht gelähmt“. Aufhören, das stand für Manola, die während der Pinochet-Zeit als Reporterin des Senders arbeitete, niemals zur Diskussion. Auch nicht, nachdem die Diktatur ihr eigenes Leben schmerzlich berührt hatte. 1982 fand der militärische Geheimdienst bei einigen verhafteten Personen, die der Kommunistischen Partei nahestanden, die Telefonnummer von Manola Robles. Die junge Journalistin, im siebten Monat schwanger, machte gerade Urlaub am Meer. Zufällig – der ehemalige Staatspräsident Eduardo Frei Padre war gestorben – rief sie beim Sender an und erfuhr dadurch, dass sie vom Geheimdienst gesucht werde. Ihr Chef empfahl ihr, sofort nach Santiago zurückzukehren und auf Sendung zu gehen, so, als wäre nichts geschehen. „Es war furchtbar, sich hinter das Mikrofon zu setzen, in dem Bewusstsein dass sie dich suchten und jeden Moment auftauchen konnten“, erinnert sich Manola. Der psychische Stress, die Angst und die dann folgenden Verhöre waren zuviel: Die schwangere Frau verlor ihr Baby. „Pinochet me debe un hijo“ – „Pinochet schuldet mir ein Kind“, sagt die kleine Frau bitter, aber ohne Hass. Ein Kind, das in keiner Opferstatistik auftaucht.

Viele Kollegen wissen es nicht einmal: Nach der Sendung um 14 Uhr geht Manola Robles zu ihrem zweiten Arbeitgeber – der Ärzte-Gewerkschaft. Ihr Mann, ein Wirtschaftswissenschaftler, war 1976, wenige Jahre nach dem Putsch, verhaftet worden. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis wurde bei ihm Kehlkopf-Krebs im fortgeschrittenen Stadium diagnostiziert. Seit ihm der Tumor entfernt wurde, ist er stumm, hat nie wieder Arbeit gefunden. Deswegen hat Manola einen Zweitjob – sie bringt die Familie durch. Das ihre beiden Kinder studieren können und dafür keinen Kredit aufnehmen mußten, darauf ist sie stolz. „Ich wollte nicht, dass sie sich verschulden wie so viele Studenten. Ihre Ausbildung möchte ich ihnen als Erbe mit auf den Weg geben.“

„Eine billige journalistische Arbeitskraft, jeden Tag stärker ausgenutzt“

‘„Ältere Semester“, wie Manola Robles und Arnaldo Carreras García, gibt es bei Radio Cooperativa kaum noch. Fast alle Reporter sind jung, die meisten unter dreißig. Alejandra Córdova zum Beispiel, 25, berichtet für den Sender aus „La Moneda“, dem chilenischen Regierungssitz. Elf Stunden Arbeit sind für sie das durchschnittliche Tagespensum, mindestens jedes zweite Wochenende arbeitet sie auch, selten gibt es dafür freie Tage zum Ausgleich. Rund 1.800 Mark verdient Alejandra im Monat, für eine eigene Wohnung oder wenigstens ein Zimmer reicht das nicht, schließlich muss die junge Journalistin ja auch noch ihren Studienkredit abtrottern. Wie viele ihrer Kollegen wohnt sie also noch bei den Eltern.

Auch bei anderen chilenischen Medien sind auffallend viele sehr junge Leute beschäftigt, die viel arbeiten und wenig verdienen. Jedes Jahr verlassen Tausende von Absolventen die Journalismus-Studiengänge der zahllosen chilenischen Hochschulen und Privatunis. Das Überangebot junger Arbeitssuchender drückt die Gehälter. Wer einen Job ergattert, schätzt sich glücklich und beklagt sich höchstens hinter vorgehaltener Hand über Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung. „Ein Desaster“, nennt Manola Robles diese Situation. „Um guten Journalismus zu machen, muß man auch gut zahlen. Du kannst keinen guten Journalismus machen mit ganz jungen Leuten, die noch keine Erfahrung haben und denen Du nichts bezahlst. Das ist fatal. Die Jungen sollen ja arbeiten, aber sie müssen noch lernen. Folgendes passiert in diesem Land: Eine sehr billige journalistische Arbeitskraft, jeden Tag billiger, jeden Tag stärker ausgenutzt, ohne Alternative. Und die politische und wirtschaftliche Rechte, die alles kontrolliert. Welche Ethik kann es denn da geben?“, fragt Manola. „Welche Ethik kannst Du von einem 24jährigen verlangen, dem sie nichts bezahlen? Unglaublich gefährlich ist das, unverantwortlich!“

Die chilenischen Medien stehen überwiegend rechts. Achtzig Prozent des Zeitungsmarktes etwa, teilen sich die beiden der politischen Rechten nahestehenden Konzerne „El Mercurio“ und „Copesa“ untereinander auf. In der Fernsehlandschaft sieht es ähnlich aus. Canal 2, ein junger Sender, der durch seine seriöse und gleichzeitig frische Berichterstattung auffiel, musste im vergangenen November von einem Tag auf den anderen schließen. Im Gegensatz zu ihren Kollegen hatten die Moderatoren des Canal 2 die Dinge beim Namen genannt: Die Jahre zwischen 1973 und 1989 nannten sie „Diktatur“ und nicht schamhaft „Militärregierung“. Und Pinochet hieß bei ihnen „Ex-Diktator“ und nicht nur vorsichtig „Senator auf Lebenszeit“. Seine Unabhängigkeit wurde dem Sender wohl zum Verhängnis – die Werbeeinnahmen blieben aus.

Manola Robles von Radio Cooperativa macht die Concertación, die seit einem Jahrzehnt regierende Mitte-Links-Koalition, für die fehlende Pluralität auf dem chilenischen Medienmarkt verantwortlich. „Die Politiker der Concertación haben es nicht verstanden, dass eine Vielfalt von Medien notwendig ist, die das gesamte politische Meinungsspektrum dieses Landes widerspiegelt, damit die Demokratie bestehen kann und sich legitimiert. Hier gibt es weniger demokratische Medien als während der Diktatur – kannst Du das verstehen?“ Unverzeihlich sei das, sagt Manola. „Sie haben den chilenischen Journalismus wirtschaftlichen Interessengruppen überlassen“.

Plausch mit dem Noch-Präsidenten

Jeden Freitag ist „Frei-Tag“ bei Radio Cooperativa. Noch-Staatspräsident Eduardo Frei kommt ins Studio, um die sonntägliche Sendung „Conversando con el presidente“ („Unterhaltung mit dem Präsidenten“) voraufzuzeichnen. Der Plausch mit dem Regierungschef sei etwas ganz Neues im chilenischen Rundfunk, erfahre ich. Für den Christdemokraten Frei ist die Sendung, die bis einige Wochen vor der Präsidentschaftswahl jeden Sonntag ausgestrahlt wird, in erster Linie ein Heimspiel. Radio Cooperativa steht seit 1979 der chilenischen Christdemokratie nahe. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass dem Präsidenten hier ein ideales Forum geboten wird, um kurz vor dem Ende seiner Amtszeit, diese vor breitem Publikum im besten Licht darzustellen. Frei kann zwar nicht wiedergewählt werden, doch werden ihm Ambitionen für die Präsidentschaftswahl im Jahre 2005 nachgesagt.

In der heutigen Talk-Sendung geht es zunächst um Chiles größte indianische Minderheit, die Mapuche. Es werden O-Töne von einem Besuch Frei's in einer Schule eingespielt, die von Mapuche-Kindern besucht wird. Chile sei ein Land, in dem jeder seine Kultur entfalten könne, darf dann der Präsident erklären, und die Mapuche-Kultur bereichere Chile. Das die Mapuche-Sprache Mapudungun in den Schulen nicht unterrichtet wird, dass viele Indios unzufrieden sind mit ihrer Stellung im chilenischen Staat und dass während Frei's Amtszeit, in einigen Gebieten im Süden des Landes, Mapuche zum Aufstand übergegangen sind, erwähnen weder der Präsident noch der Moderator.

Unterdessen verfolgt der Tross des Regierungschefs, ein persönlicher Referent und zwei Presseleute, die Aufzeichnung genau, vergleicht immer wieder mit dem Ablaufplan. Gegen Ende der Sendung dürfen Hörer Fragen zu allen möglichen Themen stellen. Die Anrufe sind allerdings aufgenommen und vorselektiert worden. Eine junge Frau will wissen, was der Präsident davon halte, dass in ihrem Ort ein Mädchen von der Schule flog, weil es geheiratet hatte. Der Präsident reagiert mit Empörung und starken Worten, spricht von einer „Schande für Chile“, verwechselt dann aber im Laufe seiner Antwort die Heirat mit einer Schwangerschaft. Frei's Presseleute werden nervös: „Das müssen wir schneiden.“

Schließlich kommt die Sprache noch auf den in London inhaftierten Ex-Diktator Pinochet. Frei macht deutlich, dass er nur eine Frage zulassen will, und die Antwort darauf ist nicht neu, er hat sie schon unzählige Male gebetsmühlenartig wiederholt: Pinochet müsse in Chile vor Gericht gestellt werden, nicht im Ausland. Nach der Aufzeichnung verabschiedet sich Chefredakteurin Gema Contreras mit einem Augenzwinkern von dem hohen Gast: „Das nächste Mal reden wir dann aber wirklich über Pinochet...“

Von einem „Desaster“ des chilenischen Journalismus‘ hatte Manola Robles gesprochen. Ist es das, was sie gemeint hat?

Präsidentenschaftswahl 1999 – für die Concertación ist die Zeit der leichten Siege vorbei

Schon von weitem ist die Musik zu hören. Cooler Hip-Hop und mitreißende Schlager dröhnen aus riesigen Lautsprechern, lassen die Zehenspitzen wippen an diesem sonnigen Vormittag in einer Armensiedlung von Santiago. In eine schmale Straße, zwischen niedrigen Häusern, ist eine Menschenmenge gequetscht worden. An langen Tischen wird den Menschen ein Frühstück serviert. Und dann kommt der, der auf der Bühne gleich eine gut inszenierte Ein-Mann-Show bestreiten wird: Joaquín Lavín, rechter Kandidat bei der chilenischen Präsidentenschaftswahl 1999. Langsam schiebt sich der noch junge Mann durch die fahnenschwenkende Menge, küsst Frauen und Kinder auf die Wange, lässt sich feiern. Lavín gibt sich gern als Mann aus dem Volk. Nie vergisst er bei Wahlkampfauftritten seine Frau und seine sieben Kinder zu erwähnen. Der populistische Diskurs des Kandidaten ist stets der gleiche: „Los problemas de la gente“, die Probleme der einfachen Leute wolle er anpacken: Überfüllte Arztpraxen, Arbeitslosigkeit und gestiegene Kriminalität. Das er regieren könne, habe er ja bewiesen: Als Bürgermeister von Las Condes, einer der reichsten Kommunen des Landes.

Es ist kein Zufall, dass Lavín auf seiner Wahlkampfreise durch Chile vor allem die sozial benachteiligten Viertel besucht. Ein großer Teil der Stimmen der reichen Oberschicht ist ihm sicher, doch die Armen zählen nicht zur klassischen Klientel der Rechten. Aber diesmal werden so viele von ihnen rechts wählen wie noch nie. „Hier sehen Sie Henriqueta Pinto“, ruft Joaquín Lavín in die Menge und zeigt auf eine Frau an seiner Seite. „Henriqueta wartet seit Jahren auf einen Zuschuss für eine Wohnung. Sie spart für diese Wohnung. Dieses Problem haben viele.“ Lavín hält eine bunte Broschüre in die Höhe. „Hier, in meinem Heft mit sechzig konkreten Lösungen, können sie es nachlesen: Keine Familie, die sich anstrengt, wird mehr als drei Jahre auf eine Wohnung warten. Drei Jahre.“

Bei vielen Chilenen, die von der Sozialpolitik der seit zehn Jahren regierenden Concertación enttäuscht sind, fallen diese Versprechen auf fruchtbaren Boden. Ich komme mit ein paar Frauen ins Gespräch, frage sie, ob sie für Lavín stimmen werden. „Ich wähle ihn“, sagt eine von ihnen, der ein Vorderzahn fehlt. Und warum? „Porque me gusta“ – „Weil er mir gefällt“, antwortet sie. „Ach was, Du wählst ihn doch nur, weil er Dir ein Frühstück schenkt“, ruft eine andere dazwischen. Und sie? „Ich werde für Lagos stimmen, weil ich will, dass die Demokratie bleibt.“

Das er während der Diktatur Mitarbeiter Pinochets war, erwähnt Joaquín Lavín nie. Auch nicht, dass viele der sozialen Probleme, die er anpacken will, ihre Wurzeln in der Zeit der Militärherrschaft haben. Von Pinochet hält der Kandidat der rechten „Allianz für Chile“ mittlerweile größtmögliche Distanz. Lieber präsentiert sich Lavín als unverbrauchter, unpolitischer „Macher“, der in die Zukunft blickt. Mit seinem Slogan „Viva el cambio“ – „Es lebe der Wechsel“, hat er das ganze Land überzogen. Kaum eine Mauer, die nicht mit dem gelben Spruch auf blauem Grund bepinselt wurde. „Viva el cambio“ steht auf unzähligen Postern und „Viva el cambio“ lautet der Refrain der eingängigen Popsongs. Ein Erfolgsrezept, meint der Politologe Ricardo Israel von der „Universidad de Chile“: „Lavín hat etwas sehr Beeindruckendes getan, das Teil seines Erfolgs ist. Er hat Ricardo Lagos das Konzept des Wechsels weggenommen. Der Begriff des Wechsels war entscheidend für Clinton, für Blair, für Schröder, für de la Rúa in Argentinien und für Cardoso in Brasilien. Sich mit dem Wechsel zu identifizieren, war ein sehr wichtiges Element ihres Wahlkampfes. Und hier hat Lavín es Lagos weggenommen.“

Erst sehr spät merkt Ricardo Lagos, Kandidat des Mitte-Links-Bündnisses Concertación, dass ihm in Joaquín Lavín ein gefährlicher Herausforderer erwachsen ist. Plötzlich muss er kämpfen. Seitdem sich in den achtziger Jahren Chiles Christdemokraten und Sozialisten, Sozialdemokraten und Radikale zu einer Koalition gegen die Diktatur zusammenschlossen, haben sie alle wichtigen Wahlen gewonnen. Erst hatte die Concertación mit ihrer Kampagne für das „Nein“ zur Diktatur Erfolg – beim Referendum 1988 wählten die Chilenen Pinochet ab. Dann gewann sie die Präsidentschaftswahlen 1989 und 1993 – jeweils mit einem haushohen Vorsprung. 1999 ist alles anders. Wegen diverser Krisen – vor allem der Wirtschaftskrise, die die Arbeitslosigkeit auf mehr als 11 Prozent hat steigen lassen – sind die Popularitätswerte der Mitte-Links-Regierung erstmals dramatisch abgesunken. Ricardo Lagos repräsentiert diese Regierung, steht für Kontinuität, doch hat die Kontinuität plötzlich einen negativen Touch bekommen. Davon profitiert der rechte Joaquín Lavín mit seinem Schlagwort des Wechsels. Und Ricardo Lagos hat noch ein anderes Problem: Er ist der erste sozialistische Kandidat der Concertación. Zwar hat er sich bei den koalitionsinternen Vorwahlen deutlich mit siebzig zu drei-

Big Prozent der Stimmen gegen den Christdemokraten Andres Zaldivar durchsetzen können. Doch stehen viele Chilenen, auch viele traditionelle Wähler des Mitte-Links-Bündnisses, dem Sozialismus immer noch misstrauisch gegenüber, erinnern sich mit Unbehagen an die Instabilität der Regierung Allende.

Santiago, an einem Sonntagnachmittag Ende November. Von einem wild hupenden Autokorso wird Ricardo Lagos zu einem Versammlungsplatz im Stadtteil Pudahuel eskortiert, wo er eine Wahlkampfreda halten wird. „Ricardoooooo“, feuert eine junge Frau, in einem der Schrittempo fahrenden Wagen, den sozialistischen Kandidaten an. Ein Passant schaut durchs heruntergekurbelte Fenster und sagt: „Ich bin Christdemokrat.“ „Na und!“, ereifert sich der Fahrer, „Wir haben doch auch zweimal für Euren Kandidaten gestimmt – für Aylwyn und für Frei.“ Eine Szene, die symptomatisch ist für die aufbrechende Spaltung innerhalb der Concertación, für die Skepsis konservativer Wähler gegenüber Lagos.

Bei der Wahl am 12. Dezember gelingt es dann keinem der beiden Spitzenkandidaten, die absolute Mehrheit zu erringen. Der Vorsprung der Concertación gegenüber der „Allianz für Chile“ beträgt hauchdünne 0,5 Prozent. Die Rechte triumphiert, die Mitte-Links-Koalition leckt ihre Wunden. Zum ersten Mal in der chilenischen Geschichte wird es eine „segunda vuelta“, einen zweiten Wahlgang zwischen den beiden stärksten Kandidaten geben. Neu für Chile ist neben der Spannung dieses Wahlkampfes auch sein Duell-Charakter, die Zuspitzung auf zwei Kandidaten. Die vier sogenannten „kleinen“ Bewerber für das Präsidentenamt – die Kommunistin Gladys Marín, die Grüne Sara Larraín, der Humanist Tomás Hirsch und der rechte unabhängige Kandidat Arturo Frei Bolívar – erhalten zusammen nur einen Bruchteil der Wählerstimmen. Doch das Ricardo Lagos bei der zweiten Wahlrunde am 16. Januar 2000 schließlich triumphiert, verdankt er einem Teil der kommunistischen Wähler.

Das der rechte Kandidat Joaquín Lavín, nachdem seine Niederlage feststeht, ins Hotel Carrera, dem „Hauptquartier“ der Concertación fährt und dem Sieger Lagos die Hand schüttelt, ist ein ungewohnter Anblick für die Chilenen. Die Geste wird als Zeichen der politischen Aussöhnung und der Demokratisierung der Rechten gewertet. Chile wird nun zum zweiten Mal in seiner Geschichte von einem Sozialisten regiert werden. Und Monica und Leo, Karla und Manola, all meine Bekannten, die bei einem Wahlsieg Lavíns das Land verlassen wollten, können zuhause bleiben. Doch das die seit einem Jahrzehnt regierende Concertación irgendwann einmal die Macht abgeben wird, erscheint nach dieser Wahl erstens wahrscheinlicher und zweitens weniger bedrohlich. Chile ist ein gutes Stück weiter auf dem Weg zu einer vollständigen Demokratie.

Keiner spricht von Pinochet

Für die ausländische Beobachterin ist es auffällig: Der in London inhaftierte Ex-Diktator Augusto Pinochet spielt im chilenischen Wahlkampf so gut wie keine Rolle. Vor allem die beiden Spitzenkandidaten vermeiden es, den Senator auf Lebenszeit auch nur zu erwähnen. Das sei logisch, meint der Politikwissenschaftler Ricardo Israel: „Keine Debatte wird die Meinung eines Chilenen zu dem, was Pinochet getan hat, verändern. Er ist entweder dafür oder dagegen. Also kann es keinem der Kandidaten ins Konzept passen, das Thema anzuschneiden, denn es ist unmöglich, damit Stimmen zu gewinnen. Er kann höchstens die eigenen Parteigänger überzeugen.“ Pinochet, sagt Israel im November, habe durch seine lange Abwesenheit aufgehört, das Zentrum der chilenischen Politik zu sein. Für den Chefredakteur der linken Zeitschrift „Punto Final“, Manuel Cabieses, ist Pinochet bereits „politisch tot“, er sei eine zu schwere Last für alle gesellschaftlichen Gruppen: „Im Grunde glaube ich, dass es für alle politischen und wirtschaftlichen Sektoren, selbst für die militärischen, eine enorme Erleichterung ist, dass sich Pinochet seit mehr als einem Jahr im Ausland befindet – auch wenn sie das so deutlich nicht sagen würden, und manche von ihnen Pinochet sogar verteidigen. Meiner Meinung nach fänden es alle besser, wenn Pinochet komplett aus der chilenischen Wirklichkeit verschwinden würde.“

Der rechte Kandidat Lavín habe durch die Abwesenheit Pinochets sogar eindeutig profitiert, glaubt der Politologe Israel: „Lavín hat die Gelegenheit genutzt und den General (Pinochet) nicht erwähnt, hat stattdessen von den Problemen geredet, die heutzutage wichtig für die Leute sind, wie Gesundheit und Bildung. Und deswegen hat er im Wahlkampf Erfolg gehabt. Wenn Pinochet in Chile wäre, wäre es Lavín wahrscheinlich nicht so gut ergangen wie das jetzt der Fall ist, denn alle würden nur darüber reden, was der General sagt oder nicht sagt.“

Ein Spiegelbild der chilenischen Gesellschaft? – Besuch auf dem „cementerio general“

Normalerweise preisen die fliegenden Händler in Santiagos Bussen Eis am Stiel und Kaugummi, Kniestrümpfe und Krimskrams für den Haushalt an. Doch heute, an Allerheiligen, haben sie ihre Ware dem Tag angepasst und verkaufen Blumensträußchen, das Stück zu zwei Mark. Sie finden reißenden Absatz, denn die halbe Hauptstadt ist an diesem strahlend-schönen 1. November unterwegs zu ihren verstorbenen Angehörigen. Ich selbst fahre mit einem überfüllten Bus zum „cementerio general“, dem Zentralfriedhof von Santiago. Was als kurzer Besuch geplant ist, wird zu einem tagesfüllenden, eindrucksvollen Erlebnis.

Der „cementerio general“ hat zwei Eingänge. Ich komme von der Avenida Recoleta und muss mich erst an unzähligen Ständen mit Blumen, Getränken und Snacks vorbeischieben, bevor ich inmitten eines Menschenknäuels auf den Friedhof gelange. Dieser Zugang scheint mir der „populärere“ zu sein. Von dort ist es nicht weit zum Mahnmahl für die Opfer der Pinochet-Diktatur. Eine breite, hohe Wand aus hellem Stein, in welche die Namen all der Ermordeten und Verschwundenen eingemeißelt wurden, mit dem Datum ihrer Verhaftung und ihrem Alter. Knapp 3000 Namen sind es. Vor dem Monument befindet sich eine Art kleiner Graben, zwischen Steinen liegen frische Blumen und Fotos von „detenidos desaparecidos“, von verschwundenen Häftlingen.

Ich beobachte die Menschen, die vor diesem riesigen, symbolischen Grabstein stehen, und kann die Tränen kaum zurückhalten. Ein älteres Ehepaar wendet sich nach einer Weile des starren Dastehens ab, resigniert und in Trauer vereint – so kommt es mir vor – und geht gebückt und ohne sich noch einmal umzuschauen davon. Natürlich weiß ich gar nicht, ob der Name ihres Sohnes oder ihrer Tochter auf der weißen Wand steht, aber ich stelle es mir so vor. Eine Frau hält mahnend ein Plakat hoch, mit dem Schwarz-Weiß-Foto eines jungen Mannes: „Wann werde ich endlich wissen, wo ich ihm eine Blume hinlegen kann“, steht darauf. Als ich ein paar Stunden später noch einmal wiederkomme, ist sie immer noch da.

Ein Typ, der mich schon seit längerem von der Seite angeschaut hat, spricht mich an. Was ich von all dem halten würde, will er wissen. Ich erkläre ihm, dass mich dieser Ort erschüttert und gebe die Frage an ihn zurück. Er antwortet ein wenig verschwommen, rückt schließlich mit der Sprache heraus: Die Angehörigen würden schon wissen, warum die Namen ihrer Kinder dort auf der Wand stehen. Es klingt wie eine Rechtfertigung des Mordens. Der junge Mann bemerkt meinen verwunderten Blick und fügt hinzu: „Yo soy pinochetista“, „Ich bin Anhänger Pinochets“.

Das Grab von Victor Jara muss man kennen, ansonsten hilft nur Durchfragen. Die Asche des 1973, kurz nach dem Putsch, brutal ermordeten, populären Volksängers ist versteckt in einer langen, hohen Wand kleiner Urnengräber. Von diesen „Urnen-Regalen“ gibt es unzählige auf dem Zentralfriedhof. Vor der quadratischen Plakette, hinter der die Urne steht, befinden sich so viele frische Blumen, dass der Name nicht zu erkennen ist. Nur ein Baum in der Nähe, in den Namen und Sprüche eingeritzt sind, läßt erahnen, dass der gefolterte und gequälte Victor hier seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Vor dem kleinen Grab, das sich etwa drei Meter über dem Boden befindet, stehen einige Menschen. Um dort eine Blume einzustecken, muß man eine etwas wacklige Leiter besteigen. Ein Mann um die vierzig hält die Leiter fest, wenn wieder jemand hinaufklettert, oder übernimmt es selbst, die Blume zu befestigen. Zwischendurch macht er ironische Bemerkungen. Ich frage ihn, ob er Victor Jara persönlich gekannt hat. Nein, sagt

er, persönlich nicht, aber er sei doch ein „companero“ gewesen, ein Genosse. Jara war Mitglied der Kommunistischen Partei.

Chiles erster sozialistischer Präsident liegt in einem modern gestalteten Mausoleum begraben. Ein paar hochaufragende Stehlen aus hellem Stein, zwei Treppen, die zum Eingang der Gruft Salvador Allendes herabführen. Dort treffe ich einen mageren, älteren Herrn mit schütterem Haar und schlechten Zähnen, der sehr korrekt gekleidet ist. Er trägt einen Anzug, der schon bessere Tage gesehen hat, Krawatte, Trenchcoat und Schal. In seinen Armen hält er so viele frische, bunte Blumen, dass er dahinter fast verschwindet. Aus dem Garten, erklärt er. Zu Ehren von Allende, seines Idols seit Jugendtagen, hat er sie hierher geschleppt, zusammen mit einer alten Kamera. Der Mann, der Ernesto Orellana heißt, bittet mich, ihn mit den Blumen zu fotografieren: Oben, auf dem Plateau über der Gruft und unten vor dem Eingang. Zum Andenken. Regelmäßig erweist Senor Orellana „seinem“ Präsidenten, der sich am 11. September 1973 im von den Putschisten bombardierten Regierungspalast „La Moneda“ das Leben nahm, die Ehre. Am Jahrestag des Putsches sei er auch hier gewesen, erzählt er. Da seien noch viel mehr Menschen gekommen, und ein riesiges Polizeiaufgebot habe die Lage unter Kontrolle gehalten. „Ich bin Sozialist“, sagt Orellana. Nach dem Putsch sei er ein halbes Jahr im Gefängnis gewesen. Er wirkt verbittert, älter, als er wahrscheinlich ist, ein wenig verwirrt. Er redet mit lauter Stimme von der Vergangenheit. Ein paar Besucher hören interessiert und voller Anteilnahme zu, andere wenden sich ab. Einer, der auf der Empore steht, fängt an, ihn von oben zu provozieren. Der kleine Mann lässt sich auf die politische Diskussion ein, ereifert sich, regt sich auf. Er tut mir leid.

Vom Allende-Grab ist es nicht mehr weit zu dem wunderschönen, parkähnlichen Teil des Zentralfriedhofs, den man von der Avenida de la Paz aus betritt. Inmitten hoher Bäume befinden sich hier die Mausoleen der einflussreichen, chilenischen Familien, von Präsidenten und Industriellen. Prunkvolle steinerne Gebäude, so groß wie die Häuser der Lebenden. Dazwischen der vergleichsweise bescheidene kleine Grabstein von Orlando Letelier, dem in Washington D.C. ermordeten Außenminister der Regierung Allende.

Zuletzt besuche ich den sogenannten „Patio 29“. Auf einer Wiese mit gelben Blumen lange Reihen von identischen, rostigen Eisenkreuzen, einige mit der Aufschrift N.N. Zwischen den Gräbern Wege, die zum Teil völlig zugewuchert sind. Wenige Besucher verirren sich zu diesem Teil des Zentralfriedhofs, auf dem nach 1973 Opfer der Diktatur anonym verscharrt wurden. Von einem Friedhofswärter erfahre ich, dass die Leichen der Opfer inzwischen identifiziert und umgebettet wurden.

Auf dem Weg zum Ausgang komme ich an den dicht an dicht liegenden Gräbern der ganz normalen Leute vorbei. Es ist ein schönes, buntes Bild:

Familien drängen sich auf den schmalen Wegen, bewaffnet mit Schaufeln, Vasen und Blumenerde bepflanzen sie liebevoll die Beete. Die schlichten weißen Eisenkreuze sind umgeben von einem herrlichen Blumenmeer, das in allen Farben des Frühlings leuchtet. Es herrscht eine Atmosphäre der Geschäftigkeit, die nicht hektisch wirkt. Nach getaner Arbeit setzen sich manche einen Moment lang an den Rand der Gräber oder halten einen Plausch mit den Nachbarn.

Es scheint mir, als habe ich auf dem „cementerio general“ so etwas wie ein Spiegelbild der chilenischen Gesellschaft entdeckt. Dieser Friedhof ist mehr als nur eine Ruhestätte der Toten. Er ist ein Ort der Vergangenheit und der Gegenwart, des Grauens und der Schönheit, der Opfer und der Täter und der Unbeteiligten, der Rechten und Linken, der Politischen und Unpolitischen, der verzweifelten Trauer und der stillen Andacht, der Reichen und der Armen und vor allem ein Ort des Todes und des Lebens.

Als die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden – die Opfer, zehn Jahre nach dem Ende der Diktatur

Pedro Matta: Gegen das Vergessen

Der Taxifahrer kennt den „Parque de la Paz“ nicht. Mit Hilfe der Adresse und des Stadtplans finden wir das Ziel gemeinsam. Der Friedenspark im Santiagoer Stadtteil Penalolen ist auf den ersten Blick ein idyllischer Ort. Gepflegte Rasenflächen, schattenspendende Bäume und ein Rosengarten laden zum Spaziergehen ein. Die Andenkordillere mit ihren schneebedeckten Gipfeln ist von hier aus besonders gut zu sehen. In dem kleinen Park ist es still, nur der leise Regen der Rasensprengeranlage ist zu hören, und in der Ferne rauscht der Verkehr. Das sich hier von 1974 bis 1978 eines der grausamsten Folterzentren der Pinochet-Diktatur befand, die berüchtigte Villa Grimaldi, übersteigt mein Vorstellungsvermögen. Eine große Tafel aus grauem Stein listet die Namen derer auf, die hier gepeinigt wurden. Insgesamt etwa fünftausend Menschen wurden in der Villa Grimaldi festgehalten, fast alle von ihnen gefoltert. Mindestens 240 Häftlinge starben oder verschwanden danach. Die Militärs selbst rissen das Haus schließlich ab, um die Verbrechen, die dort stattgefunden hatten, zu vertuschen.

Ich bin mit Pedro Matta verabredet. Pedro wurde im Mai 1975 in die Villa Grimaldi verschleppt und dort zwei Wochen gefoltert. Er studierte damals Jura an der Universidad de Chile, war Mitglied der Sozialistischen Partei und aktiv in der Studentenpolitik. Nach einer Odyssee durch verschiedene Lager und Gefängnisse wurde Pedro Matta im Juni 1976 freigelassen und floh in die USA. Erst 1991 kehrte er aus dem Exil nach Chile zurück. Die Geschichte der

Villa Grimaldi hat er seitdem Tag für Tag rekonstruiert. Durch unzählige Gespräche mit Opfern, Ex-Agenten des damaligen Geheimdienstes DINA und ehemaligen Kollaborateuren, auch durch die Auswertung von Gerichtsaussagen kennt er jedes Detail der fast vier Jahre währenden Barbarei, die diesem Ort seine traurige Berühmtheit verschafft hat.

„Hier kamen die Gefangenen an“. Pedro Matta steht an dem Eisentor, durch welches damals die Kleintransporter der DINA zur Villa Grimaldi rollten. Drei Agenten hätten in der Regel das Opfer in Schach gehalten, ihm die Augen mit Tesafilm zugeklebt. „Nachdem die Person aus dem Wagen gestoßen worden war, wurde sie von acht bis zehn Leuten umringt und geschlagen und getreten, bis sie halb bewusstlos war“, so der hochgewachsene Mann weiter. „Ein Standard-System“. Nachdem in den ersten Monaten in Chile „experimentell“ gefoltert worden sei, hätten sich die Methoden Mitte 1974 „systematisiert“, erzählt Pedro Matta. Die Villa Grimaldi sei ein Ort der systematischen Folter gewesen. Wir gehen über den Rasen. Pedro zeigt die Grundrisse von Kammern, in denen Menschen stundenlang Elektroschocks ausgesetzt wurden. Er führt mich zu der Stelle, an der sich die Opfer von der Misshandlung „erholen“ durften. „Gefoltert wurde meist nur einmal am Tag“, sagt Pedro. Die DINA-Agenten hätten vermeiden wollen, dass Gefangene starben, bevor sie die erhoffte Information preisgegeben hatten. Wenn ein Häftling die Erwartungen nicht erfüllte und nicht „auspackte“, wurde er mit weiterer Folter bestraft.

Pedro Matta schildert die perversen Quälereien in einem betont sachlichen Tonfall. Zwischendurch muss er sich immer wieder räuspern. Er erzählt, wie die Köpfe der Menschen in eine stinkende Brühe aus fauligem Wasser, Urin und Exkrementen getaucht wurden, bis sie keine Luft mehr bekamen. „Feuchtes U-Boot“ hätten die Folterer diese Methode genannt. Beim „trockenen U-Boot“ wurde dem Opfer eine Kapuze übergestülpt, die am Hals zugeschnürt wurde. Sie wurde erst wieder abgenommen, wenn die Person kurz vor dem Erstickten war. Der unvorstellbare Hass und die Menschenverachtung der DINA-Agenten wird an einer Geschichte Pedros besonders deutlich. Ein Führungsmitglied der linken Partei MIR war 1975 in die Villa Grimaldi verschleppt worden. Für den Mann hatten sich die Folterknechte eine besondere Quälerei ausgedacht: Er wurde in eine niedrige Holzkiste gesteckt. Wenn man ihn dann gelegentlich herauskommen ließ, konnte er sich nicht mehr aufrichten und musste auf allen Vieren laufen. Von den Wärtern wurde er deshalb als „kleiner Köter“ verhöhnt. Im Januar 1976 verschwand der Gefangene spurlos und tauchte nie wieder auf. Von einem Ex-Agenten der DINA erfuhr Pedro Matta bei seinen Recherchen, dass dem MIR-Politiker damals ein Tollwut-Virus injiziert wurde, an dem er dann vermutlich gestorben ist.

Zwanzig Prozent der Häftlinge in der Villa Grimaldi waren Frauen. Sie seien meist jung gewesen, viele Studentinnen, sagt Pedro. Man habe sie genauso grausam behandelt wie die Männer. Neben Folter und Schlägen hätten sie außerdem die Vergewaltigungen der Agenten und Wärter über sich ergehen lassen müssen.

Eigentlich wollte Pedro Matta seinen Lebensabend in den USA verbringen. 1991, zwei Jahre nach dem Ende der Diktatur, kam er eigentlich nur nach Chile, um im Prozess um das Verschwinden eines Freundes auszusagen. „Als ich hier war und die Versprechen von Gerechtigkeit und Wahrheit hörte, entschied ich, dass ich vielleicht etwas dazu beizutragen hätte. Und ich beschloss, zurückzukommen.“ Ich frage Pedro, ob er sich von dem, was er als junger Mann in der Villa Grimaldi erlebte, jemals erholen konnte. Nach einem kurzen Zögern antwortet er: „Eine Sache, die ich mir vorgenommen hatte, war, nicht zu vergessen. Und das bedeutet auch einen gewissen Grad von psychischer Verletzung“. Pedro räuspert sich. „Eine der einfachsten Möglichkeiten, sich von dem Erlebten zu erholen, ist ja gerade das Vergessen. Also ist der Vorsatz, nicht zu vergessen, aus psychologischer Sicht ein destabilisierendes und anormales Element.“ Pedro Matta hat den schmerzhaften Weg gewählt: Damit die zukünftigen Generationen Chiles erfahren werden, was in der Villa Grimaldi geschah, damit es eine Villa Grimaldi nie wieder geben wird.

Mario Sottolicchio: Mitleid für die Täter

Mario Sottolicchio ist Mitglied in Chiles sozialdemokratischer Partei PPD, will sich bei den nächsten Kommunalwahlen für das Bürgermeisteramt in seiner Stadt San Felipe bewerben. Vor kurzem schrieb er eine „carta abierta“, einen offenen Brief, an den Oberbefehlshaber der chilenischen Marine. Dieser hatte in einem Fernsehinterview erklärt, während der Diktatur habe es in der Marine keine Folter gegeben. Mario Sottolicchio weiß es besser: Er selbst wurde zwischen 1973 und 1976 zweimal, jeweils zehn Tage lang gefoltert: In Stützpunkten der Seestreitkräfte. Danach ging er für 13 Jahre ins Exil in die Bundesrepublik.

Mario wurde damals zusammen mit einem seiner Brüder gefoltert – gleichzeitig und im gleichen Raum. Bis heute können die beiden nicht darüber sprechen, was sie gemeinsam erlebt haben. Eine frühere Freundin Marios hat ihm erst vor kurzem, nach mehr als zwanzig Jahren, gestanden, dass auch sie während der Diktatur Opfer von Folter war. Nur durch Zufall wurde er darauf aufmerksam, erst nach langem Drängen habe sie unter Tränen über ihre schreckliche Erfahrung sprechen können, erzählt Mario.

Er könne die Folterer nicht hassen, sagt der bekennende Christ, er empfinde eher Mitleid für sie. Er habe zwar gelitten, doch habe er sich immer daran fest-

halten können, dass er es für seine Ideale, seine Träume tat. Die Folterer von damals aber müßten damit leben, aus purem Haß gehandelt und in den meisten Fällen blind Befehle befolgt zu haben. Mario erzählt die Geschichte eines Mannes, der im vergangenen Jahr in die von ihm geleitete „Beratungsstelle für Familien mit Problemen“ in San Felipe kam. Dieser Mann war Militär, er hatte im Alter von siebzehn Jahren den Befehl ausgeführt, einen der Linkspartei MAPU nahestehenden Priester zu erschießen. Wenige Tage nach seinem Besuch in der Beratungsstelle brachte der Mann seine Frau und deren Tochter um und nahm sich dann selbst das Leben. Vielleicht habe er seine eigene Vergangenheit nicht ertragen können, vermutet Mario Sottolicchio.

Leopoldo Luna: Physisch zerstört, nicht psychisch

Leo Luna war während der Regierung Salvador Allendes Student und Mitglied der christlichen Linkspartei MAPU. Vor dem Militärputsch 1973 war er maßgeblich an einer Spionage-Aktion beteiligt, bei der es darum ging, mit Hilfe von Kontaktpersonen Informationen über die Arbeit, Umtriebe und politischen Einstellungen der Marinesoldaten in Valparaíso zu beschaffen. Die Rache kam unmittelbar nach dem Putsch: Leo wurde festgenommen und gefoltert, ein halbes Jahr lang, bis seine Peiniger die Hoffnung aufgaben, etwas aus ihm herauszuholen. Sie zerstörten Leos Rücken. Erst nach insgesamt fünfjähriger Haft kam er frei, wurde operiert und dann in die Bundesrepublik Deutschland ausgeflogen.

Physisch hätten sie ihn zerstört, sagt der heute Fünfzigjährige, doch psychisch nicht. Das nimmt man diesem positiv wirkenden Menschen ab. Doch ist er in Chile nicht wieder richtig auf die Beine gekommen. Leo hadert mit diesem Staat, in den er Mitte der neunziger Jahre zurückkehrte. Eine Existenzgründung scheiterte, er hat keinen festen Job, und die Ehe mit einer Deutschen ist zerbrochen. Wie auch die Ehe von Mario Sottolicchio.

Den Mann, der seinen Folterern die Befehle gab, wird Leo nie vergessen. Erst vor kurzem ist er zufällig auf seine Adresse gestoßen. Was passieren würde, wenn er ihm auf der Straße begegnen würde? Leo lächelt. Vor allem würde sich wohl der andere bei seinem Anblick vor Angst in die Hosen machen, meint er dann.

Dr. Elena Gomez: Die „Verkapselung“ des Traumas

„Es gibt eine Art von Verkapselung des Traumas. Und den bewußten Wunsch, die traumatische Situation zu vergessen. Das sie quasi von einer Membran umgeben wird, die den Zugang verhindert. Doch was passiert? Es ist bekannt, dass tief-traumatische Erfahrungen, die nicht verarbeitet werden, Auswirkungen haben. Also zeigen sich diese Auswirkungen später. Etwa in Schwierigkeiten mit dem Partner, in einer sehr schlechten Beziehung zu den Kindern.... In diesem

Moment suchen die Betroffenen Hilfe.“ Dr. Elena Gómez ist Psychaterin. Sie arbeitet bei ILAS, dem „Lateinamerikanischen Institut für Psychische Gesundheit und Menschenrechte“ in Santiago. Die private Organisation behandelt traumatisierte Opfer der Pinochet-Diktatur, vor allem Menschen, die gefoltert wurden. Immerhin fünfzig Patienten waren 1999, im zehnten Jahr der Rückkehr zur Demokratie, bei ILAS in Behandlung. Die meisten von ihnen haben wenig Geld und können sich eine Behandlung in einer privaten psychotherapeutischen Praxis nicht leisten. Die Therapiestunden bei ILAS sind umsonst, höchstens ein kleiner Solidarbeitrag wird erhoben. Im letzten Jahr stand das Institut plötzlich selbst vor dem finanziellen Aus – die Ärzte und Therapeuten behandelten kostenlos weiter. ILAS bekommt keinen Pfennig vom chilenischen Staat, es finanziert sich über Zuschüsse ausländischer Organisationen.

In Chile gab es niemals eine Entschädigung der Opfer von politischer Haft und Folter und der Angehörigen der Ermordeten und Verschwundenen. Auch nach der Rückkehr zur Demokratie nahm sich der Staat nur in sehr begrenztem Umfang der Betreuung derer an, die unter der Diktatur gelitten hatten. Unter der ersten demokratischen Regierung Aylwyn wurde zwar das Programm PRICE ins Leben gerufen. Dr. Elena Gómez selbst arbeitete drei Jahre lang im Gesundheitsministerium, war dort an der Ausbildung von sieben interdisziplinären Teams beteiligt, die im ganzen Land zur Behandlung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wurden. Doch „verwässerte“ PRICE nach einiger Zeit, weil sich das Programm plötzlich auch um allgemeine, soziale Probleme von Familien kümmern sollte.

„Die chilenische Gesellschaft hat das Thema der Menschenrechtsverletzungen unserer Auffassung nach schlecht behandelt“, sagt Dr. Elena Gómez, eine schmale Frau Ende vierzig mit ungestümem Wuschelhaar und einem einnehmenden Lachen. Es gebe nur eine partielle, vage soziale Anerkennung der Folter, und das, obwohl bekannt sei, wieviele Menschen gefoltert worden seien, an welchen Orten und auf welche Weise. „Die Politiker der Concertación haben zwar anerkannt, dass sich die Verletzungen der Menschenrechte nicht auf das Ermorden und Verschwindenlassen von Menschen beschränken, sondern dass auch Folter und Exil dazugehören. Aber um den Opfern wirklich Gerechtigkeit und Genugtuung widerfahren zu lassen, hätte man die Täter konsequent verfolgen müssen, und das ist nicht geschehen.“ Die Möglichkeiten der Therapeuten sieht Dr. Elena Gómez als begrenzt. Die Bewältigung des Traumas hänge doch ganz stark mit äußeren gesellschaftlichen Einflüssen zusammen, etwa damit, mit welcher Konsequenz Menschenrechtsverletzungen verfolgt würden. Manchmal, sagt die Psychaterin, würden Traumata auch erst durch externe Ereignisse „entkapselt“. „Der Tag, an dem Pinochet stirbt, wird ein ganz wichtiger Tag sein. Sicherlich werden viele Patienten noch einmal zu uns in die Therapie kommen“.

Viviana Díaz: Für Wahrheit und Gerechtigkeit

„Dónde están?“ – „Wo sind sie?“, steht in großen, schwarzen Buchstaben auf einem Plakat. „Dónde están?“ ist auch in den silbernen Anhänger eingraviert, der an einer langen Kette um den Hals von Viviana Díaz baumelt. „Dies sind die Gesichter der verschwundenen Häftlinge. Hier sieht man Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder, die während der Militärdiktatur von den Geheimdiensten verschleppt wurden, und die wir bis heute nicht gefunden haben“. Viviana Díaz steht im Innenhof des Büros der AFDD, der „Vereinigung der Angehörigen verschwundener Häftlinge“ und zeigt auf eine lange Reihe von Schwarz-Weiß-Bildern an der Wand. Mehr als tausend Menschen, die während der Diktatur spurlos verschwanden, werden in Chile heute noch vermisst. Einer davon ist der Vater von Viviana Díaz, der im Mai 1976 vom Geheimdienst DINA entführt und vermutlich in der Villa Grimaldi gefoltert wurde, und seitdem nicht wieder aufgetaucht ist. Seitdem kämpft Viviana um die Wahrheit. „Mit der Zeit wurde mir klar, dass das, was ich erlebte, alle Angehörigen von Verschleppten erlebten. Da beschloß ich, alles beiseite zu lassen, mein ganzes persönliches Leben, um mich nur noch der Suche nach den Verschwundenen zu widmen. Und ich habe es nicht bereut“. Nach dem Tod der langjährigen Vorsitzenden Sola Sierra im vergangenen Jahr übernahm Viviana Díaz die Leitung der AFDD. Die etwa fünfzigjährige, einfach und natürlich wirkende Frau, deren dunkles, nach hinten gebundenes Haar mit grauen Strähnen durchzogen ist, strahlt Ruhe und Güte aus. Wenn sie spricht, tut sie es auf bescheidene und gleichzeitig entschlossene Weise.

„Wo wir auch hingingen, sagte man uns, dass unsere Angehörigen nicht festgenommen worden waren, dass es gegen sie keinen Haftbefehl gab, dass wir logen, dass wir uns das alles nur ausdachten“, erinnert sich Viviana an die Zeit, als sie die Verschwundenen in Polizeikommissariaten, Gefängnissen und Lagern suchten. „Und lange Zeit waren wir die angeblichen Angehörigen der vermeintlich verschwundenen Häftlinge. Denn in Chile wurde jahrelang systematisch die Existenz dieses Problems geleugnet. Also dauerte es sehr, sehr lange, bis wir unseren Landsleuten beweisen konnten, dass das, was wir erlebten, Wirklichkeit war.“ Mit Demonstrationen und Hungerstreiks machte die AFDD unermüdlich auf das Problem der Verschwundenen aufmerksam. Die während der demokratischen Regierung von Patricio Aylwyn eingesetzte „Nationale Wahrheits- und Versöhnungskommission“ dokumentierte zwar im sogenannten „Rettig-Bericht“ die Verbrechen der Diktatur. „Doch die Frage nach dem Verbleib der Verschwundenen wurde nicht beantwortet“, sagt Viviana Díaz. Und auch die Namen der Täter tauchten nicht auf.

Im Hof der AFDD hängt bei meinem Besuch im November 1999 eine Art Kalender. Er zählt die Tage des Arrestes von Ex-Diktator Pinochet in London. Das der General mittlerweile nach Chile zurückgekehrt ist, war für die Ange-

hörigen-Organisation eine große Enttäuschung. Viviana Díaz glaubt nicht daran, dass es möglich ist, Pinochet in Chile vor Gericht zu stellen (Stand November 1999).

Auf die Arbeit der AFDD hatte Pinochets lange Abwesenheit eine positive Auswirkung: „Vor der Verhaftung von Pinochet war es in unserem Land sehr schwierig, von den Verletzungen der Menschenrechte zu sprechen. Wir wurden zum Beispiel nicht von der chilenischen Presse interviewt. Erst als Pinochet verhaftet wurde und die ausländischen Journalisten uns interviewten, hat auch das chilenische Fernsehen sich stärker für uns interessiert. Wir hatten vorher niemals die Möglichkeit gehabt, mit unserem Anliegen ständig im Fernsehen zu erscheinen.“ Ihre Organisation fühle sich heute nicht mehr allein, betont die AFDD-Vorsitzende. „Wir fühlen, dass es Unterstützung gibt. Zum Beispiel kam vor kurzem eine Delegation der politischen Jugendorganisationen zu uns. Von der christdemokratischen bis zur kommunistischen Jugend. Sie haben uns gesagt, dass wir sie alle zusammentrommeln können, wenn versucht werde, mit einem Gesetz einen Schlussstrich unter die Verbrechen der Diktatur zu ziehen. Sie würden sich mit uns dagegen mobilisieren. Und das ist wichtig für uns“. Und doch gibt es auch Rückschläge: Wegen Drohungen ultrarechter Gruppen steht Viviana Díaz seit einiger Zeit unter Polizeischutz.

Schließlich erzählt sie noch davon, wie schmerzhaft es war, zu begreifen, dass die Verschwundenen nicht mehr am Leben sind. Trotz allem wollten sie weiterkämpfen „bis zum letzten Tag unseres Lebens“, sagt sie. Nicht nur für die volle Wahrheit, sondern auch dafür, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. „Keiner wird uns das Leben unserer Angehörigen zurückgeben, aber wir wollen Gerechtigkeit“.

Nelson Caucoto: Wenn sich Türen plötzlich öffnen

Nelson Caucoto sitzt in seinem winzigen Büro unter der an die Wand gehefteten Universellen Erklärung der Menschenrechte. Sein Wartezimmer ist voll, und ich bin froh, dass er eine halbe Stunde Zeit für mich gefunden hat. Nelson Caucoto ist einer der bekanntesten chilenischen Anwälte. Seit 1976 setzt er sich für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen ein. Nelson Caucoto arbeitete während der Diktatur unter dem Dach der Katholischen Kirche; dadurch habe er sich niemals wirklich gefährdet gefühlt, erinnert er sich. Über seine damalige Arbeit sagt der Anwalt heute: „Es bedeutete, gegen den Strom zu schwimmen, an Türen zu klopfen, die sich niemals öffneten, eine Gerechtigkeit anzustreben, die niemals waltete“. Erfolgserlebnisse waren selten, unzählige Prozesse wurden geschlossen – das Amnestiegesetz, das Pinochet 1978 erließ, machte es möglich. „Es gab eine Zeit, da war ich der einzige Anwalt, der in den Prozessen um das Verschwinden von Personen auftrat. Ich hatte alle diese Prozesse. Und es war ein immenser Schmerz, dass trotz meiner ganzen Bemühungen, vor den Militäрге-

richten, dem Kriegsgerichtshof und vor dem Obersten Gerichtshof, es kein Gehör für das gab, was ich sagte. Nie gaben sie mir recht, niemals.“

In den neunziger Jahren beginnt in der chilenischen Justiz ein langsamer Prozess des Wandels. Es gibt personelle Veränderungen, und es herrschen andere Rahmenbedingungen. Nelson Caucoto: „Die Richter merken heute, dass sie mehr Freiheit haben, mehr Autonomie. Sie werden nicht mehr von der Macht, der Diktatur unter Druck gesetzt“. Im Januar 1998 wird die erste Klage gegen Pinochet eingereicht. Der Anwalt gibt zu, dass er damals nicht an einen Erfolg glaubte: „Obwohl wir einen Prozess des Übergangs zur Demokratie erreicht hatten, hatten wir immer noch das Gefühl, dass Pinochet eine absolut unberührbare Person sei, dass keine juristische Aktion gegen ihn jemals Früchte tragen würde. Und das hat sich von heute auf morgen geändert – unsere Wahrnehmung hat sich geändert“. Heute liegen dem chilenischen Sonderrichter Juan Guzmán Tapia bereits 75 Klagen gegen den Ex-Diktator vor. Und wenn es gelingt, Pinochet sein Amt als Senator auf Lebenszeit und damit die Immunität zu entziehen, könnte er sogar vor Gericht gestellt werden. Nelson Caucoto spricht von einem neuen Klima, dass in der Justiz, in der Gesellschaft und beim Thema Menschenrechte herrsche. Die Verhaftung Pinochets in Europa sei dafür zweifellos von Bedeutung gewesen.

Nach seinem größten Erfolgserlebnis gefragt, wehrt Caucoto erst ab: Das könne er nicht sagen. Doch dann sprudelt es aus ihm heraus: Ein Erfolg sei es doch, dass 19 Personen wegen der Mordaktion „Operación Albania“ hinter Gitter gebracht wurden, und dass die Verantwortlichen des Mordes an dem Journalisten José Carasco im Gefängnis sitzen, und dass Ex-DINA-Chef Manuel Contreras wegen des Mordes an David Silbermann, dem damaligen Chef der Kupfermine Chuquiquamata, vor Gericht gestellt wurde. Und dann sei es doch als großer Fortschritt zu werten, dass die Justiz seit einiger Zeit mit dem Tatbestand des „secuestro permanente“, der „andauernden Entführung“, das Amnestiegesetz umgehe. Von Bedeutung ist dieser Tatbestand vor allem für die Fälle der Verschwundenen. Prozesse um das Verschwinden von Personen hatten in der Vergangenheit kaum eine Chance, weil diese Verbrechen von der für die Jahre 1973 bis 1978 geltenden Amnestie abgedeckt wurden. Der Trick ist nun, das Verschwindenlassen einer Person als „andauernde Entführung“ zu interpretieren, denn dieser Tatbestand kommt im Amnestiegesetz nicht vor.

Noch unklar ist hingegen, wie den Angehörigen der Opfer politischer Morde Gerechtigkeit verschafft werden könnte. Nelson Caucoto ist von der Witwe des 1973 gefolterten und ermordeten Sängers Victor Jara damit beauftragt worden, ihre Klage vor der chilenischen Justiz zu vertreten. „Richter Guzmán hat noch keinen Entschluss gefasst, wie er bei den Fällen der Ermordeten vorgehen will“, sagt der Anwalt. Für ihn steht allerdings fest, dass im Prozess gegen die Mörder Jaras die Genfer Menschenrechtskonvention Anwendung finden muß: „Victor

Jara war Kriegsgefangener. Und einen Kriegsgefangenen darf man nicht töten, schon gar nicht so, wie man Jara getötet hat.“

Nachtrag

Bevor ich mich mit Pedro Matta im „Parque de la Paz“ getroffen habe, hatte ich mir in einem kleinen Lebensmittelladen neben dem Park etwas zu trinken gekauft. Warum ich nicht lieber auf dem Santa Lucía-Hügel spazieren gehen würde, oder in einem anderen Park, fragt mich die Verkäuferin. „Weil mich dieser Ort interessiert“, antworte ich. Sie habe den Friedenspark noch nie betreten, sagt die Frau, sie sei apolitisch. Als ich sie frage, ob sie hier schon gearbeitet habe, als nebenan noch die Villa Grimaldi stand, will sie erst bejahen, sagt dann schnell „Nein“. Nach kurzem Zögern fügt sie hinzu: „Ihr in Deutschland habt ja auch nichts getan, bei Euch sind doch schreckliche Dinge geschehen und ihr habt nichts dagegen gemacht“. Der Vorfall macht mich nachdenklich. Offenbar hat die Frau meine Frage als Vorwurf verstanden, und hatte das Gefühl, sie müsse sich rechtfertigen. Dann hat sie mir etwas an den Kopf geworfen, was mich in einen Rechtfertigungszwang brachte. Mir wird deutlich, was ich vorher bereits geahnt hatte: Das ich mich als Deutsche für die Menschenrechtsverletzungen in Chile interessiere, stößt hier nicht nur auf Verständnis.

Wenn man die Heimat kaum noch wiedererkennt – die Rückkehr aus dem Exil

„Das Chile, in das wir zurückkamen, war nicht das Chile, das wir verlassen hatten. Es war ganz anders“, sagt Karla Stein heute über ihre Rückkehr aus dem deutschen Exil. Als Grundschülerin hatte sie 1973 kurz nach dem Putsch mit ihrer Familie Chile verlassen, als Abiturientin kehrte sie 1981 zurück, zu einem Zeitpunkt, als das Ende der Pinochet-Diktatur noch nicht abzusehen war. Hinter Karla lagen acht Jahre in Ostberlin, Jahre, in denen sie Wurzeln geschlagen hatte und es ihr gut ging. Auch ihre Eltern hatten in der DDR Fuß gefaßt, schnell Arbeit und Freunde gefunden. Die langersehnte Rückkehr in die Heimat war nicht leicht für die Familie: „Es war schwer für uns, für uns alle. Für meine Eltern, weil sie keine Arbeit bekamen. Wir hatten sehr viele finanzielle Schwierigkeiten. Ich habe mit einem Kredit an der Uni studiert, also ich bezahle mein Studium heute noch“. Karlas Vater, ein Gesangsprofessor, der vor dem Exil in der Kommunistischen Partei Chiles aktiv war, wurde nach der Rückkehr zunächst von keiner Universität beschäftigt. Erst im vergangenen Jahr fand er wieder eine feste Anstellung. Die Mutter, eine Journalistin, verkaufte Kuchen und Torten, bevor sie nach ein paar Jahren schließlich begann, ein paar Stunden an einem Institut für Kommunikationswissenschaft zu unterrichten.

Karla selbst fühlte sich nach ihrer Rückkehr fremd in Chile. „Ich konnte die Zwiespältigkeit der Gesellschaft einfach nicht ertragen. Die Leute haben nie das gesagt, was sie meinten. Also, ich hatte ständig den Eindruck, dass die Leute alle lügen. Das hing mit verschiedenen Sachen zusammen. Politisch konntest Du Dich überhaupt nicht ausdrücken. Du musstest ständig auf der Hut sein. Du wusstest nicht, mit wem Du reden und wem Du was sagen konntest. Das war zu jener Zeit noch sehr gefährlich.“ Auch die moralische Zwiespältigkeit habe sie gestört, erinnert sich Karla. Das etwa Freundinnen nicht zugeben wollten, dass sie schon seit Jahren mit ihrem Freund schiefen. „Damit konnte ich nicht sehr gut leben“.

Exil und Rückkehr beschreibt der chilenische Schriftsteller und Dramaturg Carlos Cerda in einer Romantrilogie. Das erste Buch „Morir en Berlin“ („In Berlin sterben“) beschreibt das Leben der Exilanten in der DDR. Im zweiten Roman „Una casa vacía“ („Ein leeres Haus“) geht es unter anderem um die Rückkehr in die Heimat. Der Exilant Andrés kommt einige Jahre vor dem Ende der Diktatur nach Chile zurück und findet ein verändertes Land, veränderte Menschen vor. „Ich habe den Eindruck, die Rückkehr kann schrecklicher sein als das eigentliche Exil“, meint Cerda, der selber elf Jahre in Ost-Berlin lebte. „Wenn Du das Land, in das Du zurückkehrst, kaum wiedererkennst, gibt es keinen anderen Ort mehr, an den Du zurückkehren kannst. Es war das einzige, was Deins war, und jetzt ist es nicht mehr Deins“.

Die meisten Rückkehrer kämen mit großen Erwartungen, sagt Loreto Schnaake, Vorsitzende der Vereinigung für Chilenisch-Deutsche Freundschaft. „Sie denken: Ich komme nach hause, in mein Land, und alles wird leichter sein“. Meistens gestalte sich die Rückkehr aber sehr schwierig, und vielen falle es schwer, das zu akzeptieren. Loreto Schnaake, die Chile mit dreizehn verlassen hatte, kehrte Mitte der neunziger Jahre aus der Bundesrepublik in ihr Land zurück: „Ich habe in vier Ländern im Exil gelebt. Ich habe die Sprachen gelernt, studiert, gearbeitet. Ich habe mich immer integriert. Und als ich zurück nach Chile kam, war es schwieriger. Es war viel schwieriger. Ich hatte hier gar kein soziales Netz, ich kannte praktisch niemanden. Ich fühlte mich eigentlich sehr fähig, aber nach einigen Monaten war mein Selbstwertgefühl im Keller.“ Noch gut erinnert sich Loreto an die mühsame Arbeitssuche: „Ich habe gesucht, so wie man in Deutschland Arbeit sucht. Aber das bringt einem hier nichts. Hier funktioniert das anders. Aber ich hatte auch keine Freunde, die mir gesagt haben, wie es funktioniert. Also wurde ich deprimiert, ich fühlte mich frustriert, ich hatte das Gefühl, dass ich zu nichts zu gebrauchen bin“. Hinzu kamen die Probleme als Frau: „Ich wußte ja, dass Chile ein machistisches Land ist. Aber es ist noch etwas anderes, Tag für Tag in einem solchen Land zu leben. Zum Beispiel hat keiner verstanden, dass ich mit Anfang dreißig nicht verheiratet war und keine Kinder hatte. Es gab

immer Witze, sozialen Druck: Paß auf, Du wirst den Zug verpassen und so. Eine Stigmatisierung von Frauen, die keine Kinder haben, die nicht heiraten oder die geschieden sind. Und ich kam doch froh und frei aus Europa“.

Heute sei sie glücklich in Chile, sagt Loreto Schnaake. Längst hat sie einen guten Job gefunden, wurde mittlerweile sogar zur Stadträtin von Santiago-Innenstadt gewählt. Doch sie weiß, dass es längst nicht allen „retornados“ so ergangen ist wie ihr. Nach dem Ende der Diktatur sei die Freude über die Rückkehr der Exilanten zwar groß gewesen. Doch bei vielen Chilenen sei die Euphorie schnell Gefühlen wie Neid oder Mißtrauen gewichen. Häufig wurden die Rückkehrer als „Kommunisten“ über einen Kamm geschoren und als potentielle Aufrührer betrachtet – was die Jobsuche erschwerte. Dennoch glaubt Loreto Schnaake, dass sich die Mehrheit wieder integriert habe. „Sie haben es geschafft, hier zu leben, und zu überleben. Manche waren erstmal einige Jahre lang arbeitslos, manche mußten ganz von vorne anfangen, andere lange bei Verwandten wohnen, einige machten schwere psychische Krisen durch. Aber mit großen Schwierigkeiten haben es die meisten geschafft.“

Karla Stein, die heute bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Santiago arbeitet, schloss sich nach ihrer Rückkehr in den achtziger Jahren der Protestbewegung gegen das Pinochet-Regime an. Sie erinnert sich daran, wie verängstigt und eingeschüchtert sie und ihre Freunde damals waren. „In diesen Jahren sind noch viele Leute umgebracht worden. Man hatte ständig Angst. Man hat trotzdem Sachen gemacht, aber immer mit Angst“. Auch Karla fühlt sich heute wohl im chilenischen Staat. Zwar hat sie viel auszusetzen am politischen System und an der Politik der „Concertación“ in den letzten zehn Jahren. Doch habe sich Chile seit der Diktatur grundlegend verändert: „Ich habe zum Beispiel noch die Angst vor der Polizei im Körper. Aber ich weiß, ich kann über die Straße gehen und sagen, was ich will, und nichts wird passieren. Es kann sein, dass mich irgendjemand zusammenschlägt. Aber es kann nicht sein, dass man mich verhaftet, oder dass ich verschwinde, oder dass man mich umbringt und das niemand etwas dagegen machen kann. Das ist eine ziemlich große Veränderung“.

Auch der Schriftsteller Carlos Cerda zieht eine positive Bilanz: „Die autoritären Enklaven, sowohl im Heer als auch in der Justiz als auch in anderen staatlichen Institutionen, haben zwar eine vollständigere Demokratisierung verhindert. Aber obwohl diese Demokratie nicht perfekt ist, ist sie unendlich viel besser als die Diktatur“. Eines habe sich allerdings nicht verändert, meint Cerda. Die Chilenen seien immer noch so gespalten wie während der Diktatur: „Ohne gemeinsames historisches Projekt“.

Ein Ort mit einer doppelten Geschichte: Chacabuco

Chacabuco? Verständnislose Blicke am Ticketschalter von „Turbus“ in Antofagasta. Ist das nicht eine der vielen stillgelegten Salpeter-Minen in der Atacama-Wüste? Und was will die junge Frau mit dem Rucksack wohl dort? Die junge Frau mit dem Rucksack interessiert vor allem die Frage: Welchen Bus muß sie nehmen, um den Ort, von dem sie schon so viel gehört hat, zu erreichen? Ein Einheimischer mischt sich ein: Mit dem Bus nach Arica komme man auf der Panamericana in unmittelbarer Nähe Chacabucos vorbei.

Am nächsten Morgen fahre ich gespannt meinem Ziel entgegen. Nach ein- einhalbstündiger Reise durch die Wüste hält der Bus, der Fahrer gibt mir ein Zeichen zum Aussteigen. Mit meinem Rucksack bleibe ich in der beige-braunen Ödnis zurück. Endlose Weite, ringsum kein Baum, kein Strauch, kein Mensch. Mit dem Bus verschwindet auch das Motorengeräusch, nach wenigen Minuten umfängt mich eine Stille, wie ich sie noch nie erlebt habe. Eine vollkommene, irgendwie tote Stille. Instinktiv gehe ich ein paar Schritte, lasse meine Sohlen auf dem Schotter knirschen. Rechts von der Straße sehe ich jetzt die Ruinenstadt, die sich mit ihren grau-braunen Tönen kaum von der Landschaft abhebt: Chacabuco. An einer Mauer entlang laufe ich etwa zehn Minuten bis zu einem mit einer Eisenkette lose verschlossenen Tor. Daneben ein Schild, auf dem die Geschichte des Ortes stichwortartig zusammengefasst ist. Die Geschichte der Salpeterstadt, nicht aber die Geschichte des Lagers für politische Gefangene der Pinochet-Diktatur.

Ich löse die Haken der Eisenkette und betrete die Geisterstadt. Links vom Eingang befindet sich ein kleines Museum, in dem stumpfe Glasflaschen und rostige Dosen, Patronenhülsen und alte Theater- und Kinoprogramme an die Salpeterstadt Chacabuco erinnern. Rufend laufe ich durch die offenen Räume, finde mich schon damit ab, dass der Wärter wohl in die Weihnachtsferien gefahren ist – da tritt mir Roberto Zaldivar entgegen, ein alter Mann mit Shorts und Baseball-Mütze. In seinem kleinen Wohnzimmer neben der grossen Küche, deren Mittelpunkt ein uralter, rostiger Herd ist, lernen wir uns kennen. Ich frage Roberto, wie er die Einsamkeit aushalte. „Ich bin nicht einsam, ich habe meine Erinnerungen“, sagt er. „Es gibt so viele Dinge, über die ich am Ende meines Lebens nachdenken muß, so viele Fragen, die ich mir noch beantworten will“. Außerdem gelte es doch, die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten, und deswegen habe er die Aufgabe übernommen, Chacabuco zu bewachen und Besuchern die Ruinenstadt zu zeigen.

Roberto Zaldivar stammt aus der Wüsten-Hafenstadt Antofagasta. Ein Arbeiter, der immer politisch aktiv war, der in den sechziger Jahren Volkstheater in den Armenvierteln organisierte und damit die Kulturpolitiker aus der Hauptstadt Santiago beeindruckte. Ein Autodidakt, ein hochgebildeter Mann, und mit seinen

siebziger Jahren immer noch ein geachteter Lokalpolitiker. Zur Zeit der Regierung Salvador Allendes gehörte Roberto der Linkspartei MAPU an, und nach dem Putsch wurde er als politischer Häftling in Chacabuco interniert.

Chacabuco ist ein von allem Leben abgeschnittener Ort, auf den die Sonne vom Vormittag bis zum späten Nachmittag unbarmherzig herunterknallt. Die ehemaligen Anlagen zur Gewinnung und Verarbeitung des „weißen Goldes“ Salpeter wurden zum Teil abgebaut, zum Teil sind sie in sich zusammengefallen. Eisengerüste ragen wüst und sinnlos in den Himmel. Chacabuco ist ein Ort mit einer doppelten Geschichte – der Salpeter-Arbeiter und der politischen Häftlinge. Die niedrigen Häuser, in denen in der ersten Jahrhunderthälfte die Arbeiter und in den siebziger Jahren die Gefangenen hausten, sind nur noch Skelette, zum Teil Trümmerberge. An manchen Wänden sind Strichlisten zu sehen, Zeichen des Wartens auf die Freiheit. Auf der „Plaza“ der Geisterstadt zeugen zwei Bäume mit Schnitzereien vom Leiden und von den Träumen der Eingesperrten. Einen der Stämme hat ein Gefangener mit sparsamen Schnitten so verändert, dass darin der sterbende Jesus zu erkennen ist. In den anderen Baum schnitzte er das Profil einer Frau und darüber einen Engel.

Bald nach ihrer Ankunft im Herbst 1973, hatten die rund 1.500 politischen Gefangenen angefangen, sich zu organisieren. Ein Ältestenrat wurde eingesetzt, und eine Reihe von Kommissionen, darunter eine Kultur-Kommission. Bald wurden Sprach- und Yogakurse angeboten, ein Astronom beobachtete die Sterne, es wurde Theater gespielt, es gab eine Wandzeitung und eine Literaturwerkstatt. „Es ging darum, den Zustand als politische Häftlinge so gut wie möglich zu überleben“, erinnert sich der Schriftsteller Jorge Montealegre. Er kam damals als 19-jähriger in das Lager und fing dort mit dem Schreiben an. Beim „Festival des Liedes und der Poesie“, das die Lagerinsassen organisierten, wurde ein Gedicht von Jorge ausgezeichnet – die vergilbte Urkunde zeigt er noch heute mit Stolz. Das wichtigste literarische Thema der Chacabuco-Häftlinge sei die sehnsüchtig vermißte Familie oder die Geliebte gewesen, erzählt Jorge Montealegre. Er selbst hatte keine Verwandten – seine Gedichte drehen sich ausschließlich um das Leben in Chacabuco.

Die „companeros“ forderten Jorge auf, nach der Befreiung aus der Haft „zu erzählen, was passiert ist“. Deswegen hat er es sich zur Aufgabe gemacht, die Geschichte dieses Ortes zu dokumentieren. „Es ist die Geschichte der Folter erzählt worden, der Menschenrechtsverletzungen, der Morde. Ich möchte diese Geschichte nicht ersetzen, aber ihr etwas hinzufügen. Und zwar eine Geschichte, die der Gefangenschaft ein menschliches Gesicht gibt. Die etwas mit Kreativität und Humor zu tun hat“. Wenn er an Chacabuco denke, sagt Jorge Montealegre, empfinde er eine „widersprüchliche Nostalgie“. Auch wenn es ein außergewöhnliches kulturelles Leben gab, das von den Soldaten und Bewachern weitgehend toleriert wurde – Chacabuco war und blieb doch

ein Gefängnis. Es herrschte militärischer Drill, „als wären wir Rekruten“, blickt Jorge zurück. Manchmal mußten die Gefangenen stundenlang in der glühenden Sonne stehen. Doch Folter wie etwa im berühmten Estadio Nacional in Santiago, in dem Jorge zuvor interniert war, gab es in Chacabuco nicht. „Die große Folter war die Ungewißheit“.

Roberto Zaldivar zeigt mir, was in Chacabuco heute noch an Pinochet's Gefangene erinnert. In einem Haus befinden sich einfache Malereien an den Wänden – es wurde als katholische Kirche genutzt. In dem Raum, in dem der evangelische Gottesdienst abgehalten wurde, ziert ein Relief die Wände. Der Künstler kehrte vor einigen Jahren zurück, um sein Werk zu restaurieren. Schließlich führt mich Roberto zu der Ruine des Hauses, in dem von 1973 bis 1974 der bekannte Musiker Angel Parra wohnte – zusammen mit sieben anderen Häftlingen. Parra komponierte in Chacabuco ein folkloristisches Weihnachtsoratorium nach Lukas. Gewerkschafter aus der Wüstenstadt María Elena besorgten ihm eine Gitarre, dann studierte Parra das Stück ein: Mit Studenten und Arbeitern, Ärzten und Bauern. „Wir haben es zum ersten Mal am Weihnachtsabend 1973 gesungen, dort in Chacabuco“, erinnert sich Parra. „Es war sehr bewegend. ... Natürlich hatte keiner erwartet, dass in diesem Leiden, dieser Angst, diesem Nicht-Wissen, was mit uns, mit unserem Leben geschehen würde, ein Werk entstehen würde. Ein geistliches Werk, als Antwort auf die Gewalt, als Antwort auf den Schmerz“.

Am 23. Dezember 1999 wird das Lukas-Oratorium erstmals nach 26 Jahren wieder in Chile aufgeführt. Angel Parra ist dafür aus Paris gekommen, wo er heute lebt. Die San Francisco-Kirche in Santiago ist bis auf den letzten Platz gefüllt, viele Besucher hören stehend zu. Kein Satz im Programmheft weist sie darauf hin, wo und unter welchen Umständen das Oratorium komponiert wurde. Doch der Geistliche, der ein paar einleitende Worte spricht, konfrontiert das Publikum mit der Geschichte des Werkes. Die Musik, die dann zu hören ist, berührt einen im tiefsten Inneren, sie ist gleichzeitig heiter und schmerzvoll, melancholisch und hoffnungsvoll. Als die letzten Takte verklungen sind, klatschen die Menschen bewegt und langanhaltend Beifall. Die Stimmung ist feierlich. Vielleicht hat Angel Parra ja etwas von dem erreicht, was er wollte: Einen Beitrag leisten zur Versöhnung der Chilenen.

Was Roberto Zaldivar in Chacabuco leistet, ist ein Beitrag gegen das Vergessen. Wie lange er das noch kann, weiß keiner. Roberto ist krank. Die Zukunft der ehemaligen Salpeterstadt sieht er pessimistisch. Es gebe politische Kräfte, die den Ort mit der doppelten Historie für die Öffentlichkeit schließen wollen. Und das liegt möglicherweise nicht nur an den geringen Besucherzahlen, sondern auch an der Botschaft, die Chacabuco als ein Schauplatz der Diktatur aussendet. Die Regionalregierung hat zwar einen kleinen Teil zur Restaurierung des chilenischen Nationalmonuments beigetragen.

Doch sieht sie die Geisterstadt auch als geeigneten Ort für Popkonzerte und andere Massenevents. Und die hinterlassen Spuren – Graffitis an den Wänden zum Beispiel.

In frischem Glanz erstrahlt seit einigen Jahren das frühere Theater der Salpeterstadt. Die Restaurierung hat das Goethe-Institut in Santiago übernommen. Seit Leiter Dieter Strauß Chacabuco vor zehn Jahren zufällig entdeckte, liegt ihm die Ruine am Herzen. „Das Thema Salpeterstadt – Salpeterstadt, die auch Mahnmal sein kann, weil sie Konzentrationslager war – hat natürlich unheimlich viel auch mit uns zu tun. Also erstmal der ganze Aspekt, wie ich mit meiner Vergangenheit umgehe. Da kann man gegenseitig eine ganze Menge voneinander lernen. Und zum anderen war es ja so, dass die Deutschen – nicht so stark wie die Engländer, aber auch sehr stark – am Salpeterbergbau beteiligt waren. Und drittens, wenn chilenische Partner sagen: Wir sind interessiert daran, mehr für den Denkmalschutz zu tun, überhaupt daran, das Denkmalschutzbewusstsein in unserem Land zu entwickeln, dann ist das natürlich eine Aufgabe für uns“.

„Die Ausbeutung von Menschen durch Menschen“ – Salpeterstadt María Elena

Aus den Trümmern Chacabucos in die letzte bewohnte Salpeterstadt Chiles, María Elena. Etwa zwei Stunden brauche ich: Per Anhalter und zu Fuß. Doch mir kommt es so vor, als würde ich ans Ende der Welt fahren. Die letzten Kilometer lege ich im Transporter eines Obstverkäufers zurück, der in Antofagasta Wassermelonen gekauft hat. Drei Stunden Hinfahrt, drei Stunden Rückfahrt durch die Wüste. Wassermelonen sind in der Wüstenstadt María Elena Luxus. Sie erinnern mich an Juan Samuel, einen Bekannten aus Santiago. Juan wuchs in María Elena auf, zog – achtjährig – mit seinen Eltern in die Hauptstadt. Nach Jahren des politischen Exils in Deutschland kehrte Juan ein einziges Mal an seinen Geburtsort zurück – mit einer Wassermelone, die er auf dem Hauptplatz von María Elena an die Kinder verteilte.

Auf diesem Platz, der „Plaza de Armas“, lässt mich der Obstverkäufer aussteigen. Der Mittelpunkt eines kleinen Städtchens mit schnurgeraden, staubigen Straßen. Vor manchen der niedrigen, heruntergekommenen Häuschen mit den vergitterten Fenstern sitzen Menschen – sie unterhalten sich oder starren ins Leere. Am Platz befinden sich eine Geschäftspassage und die Kirche, ein Theater und das Gewerkschaftshaus. Dort wohnt die 79-jährige Haydee Cayos. Als junges Mädchen war sie 1945 in die Salpeterwüste gekommen. Damals war María Elena noch eine Boomtown des „weißen Goldes“. Haydee wollte arbeiten, und Arbeit fand sie sofort, in einer Konditorei. Noch heute schwärmt die adrette und liebenswürdige, alte Dame von dieser Epoche, als die „gringos“, die

Nordamerikaner, in María Elena die Herren des Salpeterabbaus waren. Schöne, saubere Straßen und Häuser habe es in diesen Jahren gegeben, sagt sie. Und in den Geschäften habe man gut und billig einkaufen können. „Man lebte gut. Man sah keine Armut, wie man sie heute sieht“.

Bevor die „gringos“ kamen, waren die Salpeterminen in der nordchilenischen Wüste vor allem in den Händen von Engländern, Chilenen und Deutschen. Mit dem Abbau des „weißen Goldes“ war um 1840 herum begonnen worden. Nach einer langen Anlaufzeit bescherte diese Industrie dem Land einige Jahrzehnte lang großen Reichtum. Salpeter diente vor allem zur Herstellung von Dünger und Schießpulver und wurde in vielen Ländern gebraucht. Doch der soziale Preis des Salpeterbooms sei groß gewesen, meint Claudio Castellón, Gründer und Leiter des anthropologischen Museums von María Elena: „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Salpeterindustrie die Ausbeutung von Menschen durch Menschen zur Grundlage hatte. Die Leute erhielten keine Gegenleistung für soviel Schweiß, sovielen Opfer, sovielen Tränen. Die Leute erhielten nicht einmal ein würdiges Gehalt. Sie bekamen Metallmünzen, Marken. Damit konnten sie im fabrikeigenen Laden Lebensmittel einkaufen. Das heißt, Du hattest gar keine Möglichkeit, Geld zu sparen, um etwas anderes in deinem Leben zu erreichen. Du hast nur gearbeitet, um zu essen“.

Chile sei praktisch mit dem Salpeter entstanden, sagt Claudio. „Es war eine Epoche großen Wohlstands. Aber man darf sich nicht täuschen. Das war kein Wohlstand für die Arbeiter, das war Wohlstand für die Unternehmer“. Gewinne seien weder an die Beschäftigten weitergegeben, noch in die Forschung investiert worden. Als während des ersten Weltkriegs von dem deutschen Unternehmen Haber und Bosch ein Verfahren erfunden wurde, das eine synthetische Herstellung der Salpetersäure ermöglichte, wurden die chilenischen Salpeter-Barone davon quasi überrascht. Die Hoch-Zeit des „weißen Goldes“ war damit vorbei.

Hört man Claudio Castellón zu, hat man bald den Eindruck, dass sich seit der ersten Jahrhunderthälfte für die Salpeter-Arbeiter gar nicht so viel geändert hat. Von den Nordamerikanern hatte der chilenische Staat die Industrie übernommen, nach dem Putsch kam dann die erneute Privatisierung. Die letzte funktionierende Salpetermine Chiles, María Elena, wird heute von dem Unternehmen Soquimich betrieben. Die Stadt María Elena gehört Soquimich. Und dennoch gibt es auf diesem privaten Territorium eine gewählte Stadtverwaltung. „Das Absurdeste, das es auf der Erde geben kann“, spottet Claudio Castellón, der selber Stadtrat der sozialdemokratischen PPD ist. Die Stadtverwaltung, traditionell mit einem rechten Bürgermeister an der Spitze, sei dem Unternehmen untergeordnet, ihre Politik von Soquimich abhängig. Und auch die Wähler würden von ihrem Arbeitgeber unter Druck gesetzt. „Dieses Dorf ist eine kleine Colonia Dignidad. Wenn Du hier in María Elena irgendjemanden fragst, wen er wählen wird, wird er sagen: Ich werde für Lavín (den rechten Präsidentschaftskandidaten) stimmen.“

Und das muss er sagen. Denn wenn er sagt, dass er Lagos (den Mitte-Links-Kandidaten) wählt, muss er Angst haben, dass sein Chef das mitkriegt und ihn feuert“. Eine rechte Regierung wäre in Chile ein Garant dafür, dass sich an der unternehmerfreundlichen Arbeitsgesetzgebung, die noch aus der Diktatur stammt und den Beschäftigten kaum Rechte einräumt, nichts ändert. Aber auch die seit zehn Jahren regierende Mitte-Links-Regierung hat bisher vergeblich versucht, die schwachen und gespaltenen Gewerkschaften zu stärken – die Reformversuche scheiterten an der rechten Mehrheit im Senat.

Wer von Soquimich entlassen wird, verliert auch sein bescheidenes Häuschen in María Elena. Eine Form von moderner Sklaverei, wenn sowohl der Job als auch die Wohnung vom Gutdünken des Arbeitgebers abhängen. Das ihr Schicksal in den Händen des Unternehmens liegt, wurde den Menschen in María Elena vor einigen Jahren knallhart vor Augen geführt. Pedro de Valdivia, benachbarte Salpeterstadt, Nationalmonument und ebenfalls im Besitz von Soquimich, gibt es nicht mehr. Ein Videofilm, der im Museum von María Elena angeschaut werden kann, zeigt Pedro de Valdivia als einen Ort pulsierenden Lebens, mit schmucken Häuschen, Arztpraxis, Schwimmbad und Konzerthalle. Heute ist es eine Geisterstadt. Nachdem Soquimich beschlossen hatte, dass der Standort nicht mehr rentabel sei, löste es die Siedlung auf. Die Bewohner mussten ihre Wohnungen verlassen. Damit auch wirklich keiner zurückblieb, wurden die Häuser beschädigt und damit unbewohnbar gemacht. Viele der Arbeiter verloren auch den Job, oder sie wurden nach María Elena umgesiedelt.

Die Bürger dort haben Angst, dass es ihnen ähnlich ergehen wird. Das Unternehmen spricht zwar davon, María Elena noch acht bis zehn Jahre weiter zu betreiben. Doch manche fürchten, dass früher Schluss sein wird. Die 79jährige Witwe Haydee Cayos, die im Gewerkschaftshaus putzt und dafür dort ein Zimmer bewohnen darf, wüsste nicht, wo sie in diesem Fall hingehen sollte. „Für mich gibt es nach Gott nichts besseres als María Elena. Ich lebe so gut hier, ich habe mich so daran gewöhnt. Wenn die Leute sagen: María Elena wird es nur noch bis zu diesem Jahr geben, dann tut mir das weh. Ich sage mir: So etwas kann es doch nicht geben“.

„Wie auf einem anderen Planeten“ – Armut und soziale Unterschiede in Chile

Reise nach Jerusalem und Sackhüpfen, Kasperletheater und Tanzwettbewerb – die Hüttensiedlung Jesús Obrero in Santiago feiert ihr dreijähriges Bestehen mit einer ausgelassenen „fiesta“, bei der vor allem die Kinder auf ihre Kosten kommen. Auf der staubigen Straße unterhalb der Siedlung haben sich an diesem sonnigen Nachmittag im November rund siebzig Familien versammelt. Seit Ende

1996 wohnen sie hier, am Rande der chilenischen Hauptstadt. Das Grundstück, das die überwiegend wohnungslosen Menschen damals besetzten, war zuvor ein grüner Hügel. Heute ziehen sich kleine Behausungen aus Holz, Pappe und Wellblech den Hang hinauf, der sich bei Regen in eine schlammige Rutschbahn verwandelt.

„Die Häuschen stehen auf Stelzen, falls der Kanal über die Ufer tritt, den wir hier in der Nähe haben“, erklärt mir Paula Cartéz-Ortega. Sie gehört zu den Gründerinnen der Hüttensiedlung Jesús Obrero. Eine richtige Küche und ein eigenes Badezimmer besitzt sie ebensowenig wie die anderen Bewohner – dafür gibt es vier Gemeinschaftsbäder. Mit ihrem Ehemann und den beiden Töchtern, der fünfjährigen Estefanie und der zehnjährigen Macarena, wohnt Paula in zwei winzigen Zimmern – die ganze Familie schläft in einem Raum. Der Priester José Coneco von der Diözese Santiago, zuständig für Jesús Obrero, hält diese Lebensbedingungen für unzumutbar: „Die Leute haben zwar ihr Zimmer, ihr Häuschen, aber es ist ein sehr bescheidener Ort zum Leben. Ein Ehepaar hat hier keine Privatsphäre, keine Intimität. Manche Kinder haben keinen Ort zum Spielen oder um ihre Hausaufgaben zu machen. Und es ist nicht möglich, Gäste zu empfangen“.

Als die Bewohner Jesús Obrero vor drei Jahren gründeten, brachten einige ihr Häuschen mit, doch die meisten schliefen erst einmal in Zelten. Das schmutzige Wasser des Kanals diente zum Waschen und Kochen. Paula Cartéz-Ortega erinnert sich mit Schrecken an den ersten Winter in dem behelfsmäßigen Lager. Finanzielle Unterstützung kam nach anfänglichem Zögern – schließlich handelte es sich um eine illegale Grundstücksbesetzung – von der Bürgermeisterin des Stadtteils. Das die Nachbarn heute feiern, ist nicht zuletzt ein Zeichen von Stolz: Wir haben es geschafft, wir haben hier überlebt.

Die Menschen von Jesús Obrero gehören zu den 21,7 Prozent der Chilenen, die der letzten Erhebung des Planungsministeriums zufolge in Armut leben. Das sind mehr Arme als unter der Regierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende, Anfang der siebziger Jahre, jedoch deutlich weniger als vor zehn Jahren. Damals, nach dem Ende der Pinochet-Diktatur, erfüllten fast vierzig Prozent der Bevölkerung Armutskriterien. Das sich die Zahl heute auf ein Fünftel verringert hat, führt der Soziologe Jaime Ruiz-Tagle, vom Büro der Internationalen Arbeitsorganisation in Santiago, vor allem auf die positive Entwicklung der chilenischen Wirtschaft zurück: „Es hängt mit dem Wirtschaftswachstum im Allgemeinen zusammen, mit dem Beschäftigungsanstieg – das war sehr wichtig – und vor allem mit der Zunahme der sogenannten sekundären Beschäftigung. Junge Leute und Frauen, die vorher meist nicht berufstätig waren, faßten plötzlich auf dem Arbeitsmarkt Fuß“.

Die Vertretung der Internationalen Arbeitsorganisation befindet sich im wohlhabenden Stadtteil Vitacura, in einer gepflegten Straße mit vornehmen Villen und blühenden Vorgärten. Die Hüttensiedlung Jesús Obrero ist nur wenige Kilometer

entfernt, doch scheint sie auf einem anderen Planeten zu liegen. Chile gehört zwar nicht zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas, doch sind die sozialen Unterschiede dort besonders groß. Was die Ungleichheit der Einkommensverteilung betrifft, wird der Andenstaat nur noch von Brasilien übertroffen. „Crecer con igualdad“ – „Wachstum mit mehr sozialer Gerechtigkeit“, hieß denn auch der Wahlslogan des neuen Staatspräsidenten Ricardo Lagos. Der Sozialist Ricardo Solari, mittlerweile Minister für Arbeit und Soziales, skizziert die sozialen Reformvorhaben der neuen Regierung: „Die erste Maßnahme, zu der sich Lagos verpflichtet hat, ist die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, die es in Chile nicht gibt und die von wesentlicher Bedeutung ist. Zweitens der Gesundheitsbereich. Durch eine Versicherung soll allen Chilenen das Recht auf ein Minimum an Leistungen durch den Staat garantiert werden. Drittens muß das System der Sozialversicherung reformiert werden, denn die Zahl der Chilenen, die sich außerhalb dieses Systems befinden, ist sehr groß“.

Das die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ganz oben steht auf der Agenda der neuen Mitte-Links-Regierung, hängt nicht zuletzt mit der Erfahrung der Wirtschaftskrise zusammen, die das Land bis vor kurzem lähmte. Als die Arbeitslosigkeit von offiziell knapp sechs auf mehr als elf Prozent schnellte, fehlte das soziale Netz, um die Entlassenen vorübergehend aufzufangen. Wer sich nicht mit Gelegenheitsjobs durchschlagen konnte, rutschte in die Armut ab. Die Deutsche Christa Fietz, die in Conchali, einem der ärmsten Stadtteile Santiagos, als Sozialarbeiterin tätig ist, hat dort im vergangenen Jahr bei einigen Kindern Unterernährung festgestellt. Viele Väter, die vorher auf Baustellen tätig waren, fanden plötzlich keine Arbeit mehr, überdurchschnittlich viele Mütter sind alleinerziehend. Mit regelmäßiger Sozialhilfe können sie nicht rechnen, höchstens mit sporadischen Leistungen durch die Gemeinde oder durch wohltätige Organisationen.

Christa Fietz beschreibt die Armut in Conchali als eine verdeckte. Hinter hohen Mauern würden oft Großfamilien auf engstem Raum zusammenleben. Die Sozialarbeiterin arbeitet für Pro Nino, eine Organisation, die sich um die Aufdeckung der Misshandlung von Kindern bemüht und missbrauchte Kinder therapiert. Der Kindesmissbrauch würde durch die Probleme der Armen – Arbeitslosigkeit, in Alkohol ertränkt, Frust, beengte Wohnverhältnisse – begünstigt, glaubt Christa Fietz: „Wenn dann der betrunkene Onkel nach Hause kommt und sich zu der 14jährigen Nichte ins Bett legt, dann lädt das natürlich eher dazu ein, als wenn man sein eigenes Haus hat und sein eigenes Zimmer, und den Kindern auch andere Räumlichkeiten bieten kann. Was natürlich nicht heißen kann: Die Armen missbrauchen ihre Kinder. Das ist immer ein bißchen schwierig. Es ist halt nur eine Häufung von Risikofaktoren, die woanders nicht so da ist. Das heißt, in anderen Bevölkerungsschichten gibt es auch den sexuellen Missbrauch. Der wird dann nur besser verdeckt und findet unter anderen Voraussetzungen statt“.

Endlich nicht mehr in Armut leben will Paula Cartéz-Ortega aus Jesús Obrero. Noch in diesem Jahr möchte sie die Hüttensiedlung verlassen und in das eigene Heim ziehen, für das sie schon so lange spart: „Das wünsche ich mir von ganzem Herzen für mich und meine Kinder. Ich muss doch auf die Gesundheit meiner Töchter achten. Hier gibt es herumstreunende Hunde, und aus dem Kanal kommen Ratten. Wegen all dieser Dinge muss man sich Sorgen machen um seine Kinder, und ich glaube, deswegen kämpfen viele Leute dafür, hier rauszukommen.“

„Eine titanische Aufgabe“ – Indios suchen Weg aus dem wirtschaftlichen Abseits

Es ist ein hübsches Haus, das sich Ricardo Huaracán gebaut hat. Mit seiner Frau Teresa führt er mich durch das Wohnzimmer mit den großen Fenstern, zeigt mir die moderne Küche, das schöne Bad. Eine massive Holzterrasse führt ins Obergeschoss, das ebenfalls komplett aus Holz besteht. Es riecht gut, es sieht warm und gemütlich aus. „Pinien und Zypressen“, erklärt mir Ricardo. Bäume, die er selbst gepflanzt hat, damals, bevor er sein Land in der Nähe der südchilenischen Stadt Temuco verließ und nach Santiago kam. Aus diesen Bäumen hat er sich nun, 26 Jahre später, sein Haus in der neuen Heimat gebaut.

Ricardo ist einer von rund 500.000 Mapuche-Indios in Santiago. Etwa die Hälfte aller Mapuche wohnen in der Hauptstadt, die anderen leben im Süden des Landes. Ricardo kam 1973 mit seinem Bruder, seiner Frau und der kleinen Tochter nach Santiago. Wie so viele Mapuche entflohen er der Armut und Perspektivlosigkeit auf dem Lande, wollte sich in der Stadt eine Existenz aufbauen. Mit einem Kredit der Staatsbank gründeten er und sein Bruder damals eine Mechanik-Werkstatt. Ricardo hatte nur vier Jahre lang die Volksschule besucht. Schwierig sei die erste Zeit gewesen, erinnert er sich, als Indio und ohne Ausbildung. Doch er war fleißig und lernte schnell. Heute ist Ricardo Huaracán Chef eines gutgehenden Betriebes für Präzisionsmechanik mit drei Angestellten. Angst, wie damals, als er mit nichts in der Hand sein Dorf verließ, hat er nicht mehr. Ruhig macht ihn vor allem das Wissen, dass er seinen drei Kindern ein Studium ermöglicht hat – für ihn die wichtigste Investition. „Ich habe meine Familie durch die Ausbildung nach vorne gebracht“. Diskriminierung, sagt der kleine kräftige Mann mit den dichten schwarzen Haaren, spüre er nicht mehr.

Längst nicht allen Mapuche ist es in der Stadt so gut ergangen wie Ricardo Huaracán. Die meisten schufteten als schlechtbezahlte Lohnarbeiter, vor allem in Bäckereien. Die Indios werden als billige Arbeitskraft betrachtet. „Dadurch werden sie noch ärmer und rückständiger“, meint Eladio Antilef, selbst ein erfolgreicher Unternehmer. Mit seinem Bruder besitzt er eine Firma, die Bau-

fahrzeuge verkauft und verleiht. Etwa 25 Mitarbeiter beschäftigt er, doch davon sind nur die wenigsten Mapuche. Die fehlende Qualifizierung und Spezialisierung der Indios mache es unmöglich, geeignete Beschäftigte zu finden, sagt der Chef. Genau das aber will die „Asociación de Empresarios Mapuche“ (Vereinigung der Mapuche-Unternehmer) ändern, die Eladio Antilef im vergangenen Jahr gegründet hat. Sie will unter anderem ein technisches Ausbildungszentrum für junge Indios aufbauen. „Unsere Idee ist, nicht den Fisch zu schenken, sondern zu zeigen, wie man angelt“, erklärt Eladio. „Wir halten uns für fähig, wir halten uns für stark, um unserem eigenen Volk als Vorbild zu dienen, und für die Mapuche eine harmonische Entwicklung anzustreben“.

Eine „titanische Aufgabe“ sei das, glaubt Eladio Antilef. Er selbst hat die Diskriminierung der Indios kennengelernt. Man kann diesem Mann sicher nicht nachsagen, dass er seine indianische Abstammung verleugnet. Er fühlt sich als Mapuche in Chile und nicht als Chilene. Doch als Unternehmer würde er lieber „Juan Perez“ heißen, als seinen Mapuche-Namen zu tragen. „Es ist doppelt so schwer, als Mapuche Unternehmer zu sein, als wenn man kein Mapuche ist“. Gerade als erfolgreicher Firmengründer stieß Eladio Antilef in seiner chilenischen Umwelt oft auf Misstrauen, gelten doch die Indios bei vielen als faul.

Nachtrag: Die Bemühungen der „Vereinigung der Mapuche-Unternehmer“, ihrem Volk durch Qualifizierung bessere Berufschancen und damit einen Weg aus der Armut zu ermöglichen, haben im Dezember 1999 einen traurigen Rückschlag erhalten. Ihr Vorsitzender Eladio Antilef ist plötzlich und unerwartet gestorben. Jetzt führen Ricardo Huaracán und die anderen „empresarios Mapuche“ seine Initiative fort.

„Die historische Schuld des chilenischen Staates“ – Aufstand der Mapuche

Mapuche heißt: Mensch der Erde. Rund eine Million der rund 14 Millionen Chilenen identifizieren sich als Mapuche. Die Mapuche sind kämpferisch: Von allen Indio-Völkern haben sie am längsten den Spaniern widerstanden. Als ethnische Gruppe sind die Mapuche in der chilenischen Verfassung nicht anerkannt. Ihre Sprache „Mapudungun“ wird in keiner Schule unterrichtet. „Dies ist ein uniformes Land, in dem es heißt: Wir sind alle Chilenen“, meint Adolfo Millabur. „Vielleicht sind wir alle Chilenen, aber zuerst bin ich Mapuche“. Adolfo Millabur stammt aus Tirúa, einem Dorf im Süden, doch mittlerweile ist er im ganzen Land bekannt. Nicht nur ist er der erste und einzige Mapuche-Bürgermeister Chiles, er ist auch einer der führenden Köpfe der Lafkenche-Bewegung. Die Lafkenche, das sind die Mapuche, die an der Küste leben. Das Meer („Lafken“) hat für sie eine besondere spirituelle Bedeutung.

Von Temuco, der Hauptstadt der Region Araukanien, will ich nach Tirúa fahren. Da der einzige Direktbus des Tages leider nicht kommt, nehme ich einen Minibus und steige dann in ein klappriges Gefährt um, das sich einige Stunden lang Schotterstraßen auf und ab quält. Für die etwa hundert Kilometer lange Strecke brauche ich den ganzen Nachmittag. Wir fahren durch Weizenfelder, Wiesen und Wälder – eine idyllische Landschaft. In dieser Gegend zwischen Temuco und dem Meer befindet sich auch das Dorf, in dem die Eltern von Teresa Huaracán aus Santiago wohnen. Erst im vergangenen Jahr hätten sie Elektrizität bekommen, hat mir Teresa erzählt. Die Wasserversorgung klappe immer noch nicht, und die Zufahrtsstraße zum Ort sei nicht asphaltiert, so dass die Bewohner im Winter von der Außenwelt abgeschnitten seien. So gehe es den meisten Dörfern, in denen überwiegend Mapuche leben, erzählt Tirúas Bürgermeister Adolfo Millabur. Die Regierung Frei habe damit begonnen, Infrastruktur und Gesundheitsversorgung zu verbessern. Das sei zwar gut, aber auch längst überfällig – schließlich gehe es um ein Bürgerrecht. „Weil wir Mapuche sind, müssen wir doch nicht auf Straßen, auf Elektrizität und auf Wasser verzichten“.

Tirúa liegt in der „zona de conflicto“, der Konfliktzone im Süden des Landes. Dort hat während der im März 2000 zu Ende gegangenen Regierungszeit von Staatspräsident Eduardo Frei der Aufstand der Mapuche gegen die Forstunternehmen begonnen. Die Indios wehren sich mit Gewalt gegen die Abholzung der Urwälder, die sie als ihr historisches Eigentum, ihre Erde betrachten. Während der Fahrt nach Tirúa habe ich die gerodeten Flächen und die Anpflanzungen schnellwachsender Tannen- und Eukalyptusbäume mit eigenen Augen gesehen. Holz, und aus Holz gewonnene Stoffe wie Zellulose, sind wichtige Exportprodukte der chilenischen Wirtschaft. Während der Pinochet-Diktatur konnten die Forstunternehmen Waldgrundstücke zu oft lächerlichen Preisen erwerben. Viele dieser Ländereien waren traditionelles Mapuche-Land, wurden auch nach wie vor von den Indios genutzt, gehörten aber offiziell dem Staat. Und der überließ sie den Holzexporteuren.

Einen Baum zu fällen, ist für einen Mapuche ein Sakrileg. „Es gibt eine Tradition, dass jedesmal, wenn ein Baum gefällt wird, der zu Brennholz verarbeitet wird, zwei neue gepflanzt werden müssen – und wenn ein Obstbaum abgeholzt wird, sind es vier“, hat mir Eladio Antilef in Santiago erzählt. Der Lafkenche Luis aus Tirúa saß 1999 eine Woche im Gefängnis, weil er die Abholzung des Urwalds nicht hinnehmen wollte. Bei Zusammenstößen mit der Polizei am Lleu-Lleu-See wurde er verhaftet und „der Brandstiftung, des Raubes und des Anschlags auf Privateigentum“ angeklagt. Luis zufolge haben die Lafkenche einige Waldgrundstücke bereits „befreit“. Sie würden dort Tag und Nacht patrouillieren, und die Forstunternehmen hätten das Land aufgegeben. Die chilenische Presse berichtet fast täglich über den Konflikt im Süden. An Nachrichten über die Zerstörung von Forstmaschinen und über Auseinandersetzungen zwi-

schen Indios und dem Wachpersonal der Holzfirmen haben sich die Zeitungsläser gewöhnt. Die Täter werden in der Berichterstattung nicht selten als Terroristen bezeichnet, die die innere Sicherheit gefährden. Insgesamt 400 Mapuche seien 1999 festgenommen worden, weiß Luis, der einer der Führer der Lafkenche-Bewegung ist. Im „Lafkenche-Zentrum für Menschenrechte“ in Tirúa finden sie juristischen Beistand.

Bürgermeister Adolfo Millabur unterstützt den Aufstand der Mapuche. „Die sozialen Konflikte funktionieren nicht per Brief. Auch nicht durch Versammlungen. Sie werden durch die Mobilisierung, durch die Proteste der Menschen gelöst.“ Auch die Mapuche könnten dieser Logik nicht entgehen. Das sie Gewalt anwenden, sei also legitim. Millabur sieht eine „historische Schuld“ des chilenischen Staates. Er erzählt von der sogenannten „Befriedung Araukaniens“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ein Völkermord wie im Kosovo sei das gewesen, nur habe die Welt es wegen der fehlenden Kommunikationsmittel nicht mitbekommen. Doch die Mapuche hätten überlebt, genauso wie sie die Versuche des Pinochet-Regimes überlebt hätten, ihre auf Gemeinschaftsbesitz basierenden Lebensformen zu zerschlagen. Jetzt müsse der Staat Verantwortung übernehmen und „eine neue Haltung zum Volk der Mapuche finden, es anerkennen und es auf eine Weise behandeln, die die Heilung der historischen Wunden erlaubt“.

Die Ureinwohner-Behörde CONADI hat in den vergangenen Jahren Ländereien von den Forstunternehmen für die Mapuche zurückgekauft. Von einem Konflikt, der den ganzen Süden erfaßt hat, will ihr Direktor Rodrigo Gonzalez nichts wissen. Höchstens zwei Dutzend der mehr als 1.800 Mapuche-Gemeinschaften würden „gewisse Gewaltakte“ verüben, und die fänden in den rechts stehenden Medien nun einmal eine überdurchschnittlich große Beachtung. Dadurch entstehe der falsche Eindruck eines ausgedehnten Konfliktherdes, versichert der Politiker. Immer wieder betont Gonzalez, wie außerordentlich gut das Verhältnis der staatlichen CONADI zu den Indios sei. „Die Welt der Mapuche ist viel ruhiger, heiterer und traditionsbezogener, als es durch dieses Gewalt-Image scheint. Und zu dieser Welt, die ihre Traditionen, ihre Kultur und ihre Rituale hat, zu dieser Welt haben wir eine kontinuierliche, direkte Beziehung.“ Chile, so Rodrigo Gonzalez, habe in den kommenden Jahren die Chance, anzuerkennen, dass es ein multikulturelles Land sei.

„Was wir wollen, ist, dass man uns nicht als eine Last betrachtet, sondern als eine Bereicherung für die Gesellschaft“, betont Adolfo Millabur. Als Beispiel nennt er die nachhaltige Entwicklung, die in den Reden der Politiker zum Modewort geworden sei. „Für uns Mapuche ist sie weder eine Mode, noch die erneute Erfindung des Rades. Sie war und ist für uns alltägliche Praxis“. Werte, wie den Respekt vor der Umwelt, wollten die Mapuche in die gesellschaftliche Entwicklung einbringen. Dafür erwarteten sie aber auch, Entscheidungen über ihre

eigenen Belange selber treffen zu können. „Wir sind keine Minderjährigen. Wir sind ein erwachsenes Volk. Also wollen wir auch die Autonomie und die Freiheit haben, zu entscheiden, was wir machen wollen, und was uns für uns am besten erscheint“.

Dank an ...

... die Heinz-Kühn-Stiftung für die unvergessliche und unersetzliche Erfahrung, Frau Op de Hipt, die Friedrich-Ebert-Stiftung in Santiago, die Kollegen von Radio Cooperativa, die „Casa Luna“, meine chilenischen Freunde und Stephan Voellmicke.